

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 2. Juli 1987

Nr. 128 (5 506)

Preis 3 Kopeken

## Auf dem Weg der Erneuerung

### Siebte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

Am 30. Juni, nachmittags, begann im Großen Kremplast die dritte gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätenso-

wjets. Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, V. P. Nikonow, N. I. Ryshkow, N. N. Sijunkow, M. S. Solomenzew, V. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse, W. W. Schtscherbikow, A. N. Jakowlew, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, B. N. Jelzin, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, D. T. Jasow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, G. P. Rasmowski. I. W. Kapitow.

Das Referat zum Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die gerichtliche Beschwerdeführung gegen Obergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger hielt der Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge des Unionsowjets G. P. Rasmowski.

Der Deputierte I. T. Taranow, Vorsitzender des Vollzugskomitees des Stawropoler Regionssowjets, der die Diskussion eröffnete, sagte, daß man allen Artikeln des neuen Gesetzes im allgemeinen beistimmen müsse. Zugleich, so unterstrich der Redner, muß man im Gesetz nicht nur allgemeine Prinzipien festlegen, sondern auch konkret die Bestimmungen und Normen verankern, damit der neue Gesetzgebungsakt tatsächlich wirksam wird.

Der Erste Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU von Tschita, Deputierte N. I. Malchow, sagte, daß die Erörterung des Gesetzesentwurfs über die gerichtliche Beschwerdeführung gegen Obergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger sehr zeitgemäß erfolgt. Die Notwendigkeit dieses Gesetzes liegt auf der Hand.

Die Direktorin der Bekleidungsfabrik von Nowoscherkassk, Gebiet Rostow, Deputierte R. G. Roschtschinskaja erklärte, daß Fälle von Verzerrungen der Rechtsnormen, insbesondere bei der Lösung des Wohnungsproblems, im Gebiet keine Seltenheit sind. Nicht von ungefähr so groß, stellte die Deputierte fest, ist der Beschwerdestrom der Werktätigen, der über die zentralen in die Basisorgane gelangt. Im Hinblick darauf taucht die Frage auf, nicht nur die Verantwortung der Funktionäre zu erhöhen, sondern auch ein geordnetes System der Propagierung von Rechtswissen unter der Bevölkerung zu organisieren.

Das Wesen des zur Erörterung stehenden Gesetzesentwurfs, sagte der Justizminister der UdSSR, Deputierte B. W. Krawzow, besteht darin, daß die Grenzen der Verteidigung der Sowjetbürger vor Gericht erweitert. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes muß sich das allgemeine Niveau der Tätigkeit erhöhen und wird die Gesetzlichkeit bei der Annahme von Beschlüssen bezüglich der Beschwerden besser gewährleistet werden.

Der Fräser des Maschinenbaubetriebs Kischlin, Aserbaidshansche SSR, Deputierte O. A. Bagrow, stellte fest, daß die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes zur weiteren Aktivierung des Faktors Mensch beitragen und den Menschen das Gefühl aneignen wird, wahre Herren im Lande zu sein, die für das Schicksal der heutigen und der kommenden Generationen verantwortlich sind.

In seinem Schlußwort sagte der Deputierte G. P. Rasmowski: Während der Erörterung des vorliegenden Gesetzesentwurfs über die gerichtliche Beschwerdeführung gegen Obergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger sehr zeitgemäß erfolgt. Die Notwendigkeit dieses Gesetzes liegt auf der Hand.

Die Direktorin der Bekleidungsfabrik von Nowoscherkassk, Gebiet Rostow, Deputierte R. G. Roschtschinskaja erklärte, daß Fälle von Verzerrungen der Rechtsnormen, insbesondere bei der Lösung des Wohnungsproblems, im Gebiet keine Seltenheit sind. Nicht von ungefähr so groß, stellte die Deputierte fest, ist der Beschwerdestrom der Werktätigen, der über die zentralen in die Basisorgane gelangt. Im Hinblick darauf taucht die Frage auf, nicht nur die Verantwortung der Funktionäre zu erhöhen, sondern auch ein geordnetes System der Propagierung von Rechtswissen unter der Bevölkerung zu organisieren.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und die Kommission für Gesetzgebungsvorschläge werden beauftragt, die von den Deputierten gemachten Vorschläge zu erörtern und die Ergebnisse der ordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zu unterbreiten.

Darauf berichtete der Sekretär des Präsidioms des Obersten Sowjets der UdSSR T. N. Menteschaschwill über die Bestätigung der Erlasse des Präsidioms des Obersten Sowjets der UdSSR. Die Tagung nahm die entsprechenden Gesetze und Beschlüsse an.

Auf der Tribüne ist der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzende des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR Deputierte W. S. Murachowski. Er berichtet über Maßnahmen zur Überwindung von Schwierigkeiten, die infolge des rauen Winters und der ungünstigen Bedingungen im Frühjahr aufgenommen sind, über die Ernteausichten, über die Arbeit zur Regelung des nötigen Futtermittelvorrats, zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Lebensmitteln

und der Industrie an Agrarrohstoffen.

In Kolchosen und Sowchos wurden die Flächen mit eingegangenen Wintersaaten mit Sommerkulturen zu Getreide neubesaät. Auf dünnbesäten Flächen wurde eine Nachsaat vorgenommen. Der Plan bei der Aussaat von Weizen, Körnermais, Zuckerrüben, Baumwolle und Sonnenblumen wurde erfüllt. Die Anbauflächen für eiweißhaltige und Ölkulturen wurden erweitert, auf den Bewässerungsländereien wurden mehr Gemüse und Melonenkulturen untergebracht.

Das langwierige Frühjahr erschwerte etwas den Abschluß der Viehwinterung. Dies führte in vielen Gebieten und Republiken im April und Mai zur Senkung der Tier- und Geflügelleistung. Im Juni war aber die Tierleistung bereits wiederhergestellt.

Somit verläuft dieses Landwirtschaftsjahr unter komplizierten Witterungsverhältnissen, sagte W. S. Murachowski abschließend. Die beschlossenen Maßnahmen und die tagtägliche Arbeit der Werktätigen des Agrar-Industrie-Komplexes müssen die Erfüllung der Aufgaben des Lebensmittelprogramms absichern.

Der Minister für Getreideerzeugnisse der UdSSR A. D. Budyka beantwortete die Fragen der Deputierten und sagte: Die unbefriedigende Qualität des Getreides, worauf die Deputierten zu Recht verweisen, ist keine neue Frage, sie ist infolge des fortwährenden technischen Rückstands und der Zerrüttung des Zweiges entstanden.

Es sel noch folgendes betont: Viele Brotfabriken verhalten sich zu diesem wichtigen Problem verantwortungslos. Besonders litt darunter das Ansehen der neuen Getreidesorten, mit deren Einführung man sich in einer Reihe von Gebieten unbegründet geilt

hatte; daher war hier auch die Reaktion der Konsumenten am heftigsten.

Nicht weniger kompliziert, sagte der Minister weiter, ist der Kampf gegen das Trockenwerden von Brot. Dieser Prozeß ist unmittelbar mit dessen operativen Beförderung mittels der Kraftwagen des Ministeriums für Kraftfahrzeugverkehr sowie mit der Einhaltung der Brotlagerungs- und der Brothandelsregeln in den Verkaufsstellen des Handelsministeriums verbunden. Somit hängt hier der Erfolg von der sachkundigen und koordinierten Arbeit dreier Ämter und somit von der Höhe der Ansprüche an sie und der Kontrolle ihrer Tätigkeit seitens der örtlichen Partei- und Sowjetorgane sowie von den Komitees für Volkskontrolle ab.

Über die Entwicklung der individuellen und der genossenschaftlichen Erwerbstätigkeit in unserem Lande berichtete die Frage der Deputierten beantwortend der Deputierte, und Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Arbeit und Sozialfragen I. I. Gladki. Es sind normative Dokumente erarbeitet und bestätigt worden. Bei den Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets wurden Kommissionen für die Erörterung der Eingaben von Bürgern geschaffen; unter der Bevölkerung wird erläuternde Arbeit durchgeführt. Eine weite Verbreitung finden die Genossenschaftsformen. Im Bereich des Staatlichen Komitees für materielle technische Versorgung der UdSSR sind 1500 Genossenschaften tätig. Man erwartet, daß sich ihre Anzahl bis Jahresende verdoppeln wird. In einer Reihe von Städten haben sich die Verkehrsdienstleistungen für die Bevölkerung durch die Nutzung persönlicher Kraftwagen verbessert, es werden neue

genossenschaftliche Cafes, Ateliers und Werkstätten eröffnet.

Zugleich zeigen die Ergebnisse einer Überprüfung, daß es in dieser Arbeit noch viele Schwierigkeiten gibt, unterstrich der Redner. Es treffen Klagen der Bürger über unbegründete Weigerungen, eine Erlaubnis für die Beschäftigung mit individueller und genossenschaftlicher Erwerbstätigkeit zu geben. Nicht immer werden Räume und Ausrüstungen zur Verfügung gestellt, die Fragen der Versorgung mit Rohstoff finden keine Lösung.

Die örtlichen Sowjets, die Organe für materielle-technische Versorgung, für Leitung der örtlichen Industrie, für Dienstleistungen und für Handel weigern sich nicht selten, die Sorgen um die Organisation unmittelbarer Hilfe für die Genossenschaften und Bürger zu übernehmen.

Nach Ansicht des Redners müßte man günstigere Bedingungen für die Arbeit jenen Bürgern gewähren, die sich eingetragene Zeugnisse und Gewerbeausweise anschaffen werden.

Die Antworten der Deputierten W. S. Murachowski, A. D. Budyka und I. I. Gladki wurden zur Kenntnis genommen.

Die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR hat mehr als 3 000 Briefe und Telegramme von Bürgern bekommen. Die Sowjetmenschen begrüßen von ganzem Herzen die Beschlüsse des Juniplenums des ZK der KPdSU von 1987. Die Erklärungen der Werktätigen enthalten sachliche Vorschläge und Wünsche zu den Fragen, die auf der Tagung erörtert werden. Viele davon konnten bei der Vorbereitung der Dokumente der Tagung berücksichtigt werden. Es trafen auch Eingaben persönlicher Charaktere ein sowie Klagen, die in der vom Gesetz festgelegten Ordnung unverzüglich überprüft werden.

Über die Ergebnisse der Überprüfung werden die Bürger, die sich an die Tagung gewandt hatten, informiert werden.

Damit schloß die siebte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode ihre Arbeit ab.

(TASS)

## Den Anforderungen von Heute nachkommen

### Die Werktätigen der Republik befürworten die Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU

Das jüngste Plenum des ZK der KPdSU von 1987 gibt reichlich Anlaß zum Nachdenken wie auch zum Handeln. Insbesondere haben sich mir die Worte M. S. Gorbatschows darüber eingeprägt, daß die „rosige“ Zukunft ausbleiben kann, wenn wir unsere Denkart nicht ändern werden.

Die Kritik, die M. S. Gorbatschow in seinem Referat an einigen Betrieben und Organisationen übte, trifft auch auf unsere Verwaltung für Irrigationssysteme zu. Die Berieselungsanlagen, die wir bauen und renovieren, sind für die Kolchos- und Sowchos nur wenig effektiv. Sie können nicht effektiv genutzt werden, weil sie schon längst veraltet sind. Außerdem sind die Berieselungsaggregate, die wir bekommen, von niedriger Qualität und entsprechen nicht den Erfordernissen der Zeit.

Somit tut ein verantwortungsvolles Herangehen an die Erfüllung der eigenen Pflichten not.

Joseph KURZ, Zimmermann in der Verwaltung für Irrigationssysteme Tschu Gebiet Dshambul

Voll und ganz begrüße und unterstütze ich den auf dem Plenum geäußerten Gedanken, daß die Werktätigen der Landwirtschaft die Intensivtechnologien in der Produktion meistern und umfassender den Kollektiv- und Familienleistungsvertrag einführen müssen.

Unsere Brigade ist zur wirtschaftlichen Rechnungsführung übergegangen, Samengut, Chemikalien, Treibstoff — alles. Notwendige bekommen wir im Sowchos auf Kredit. Die Endabrechnung erfolgt nach der Ablieferung der Ernte an den Staat. Im Vorjahr haben wir die Planauflagen um 29 Prozent überboten und 100 000 Rubel gespart.

Man kann verschieden arbeiten. Zum Beispiel sich die Hände blutig schinden, ohne dabei wesentliche Erfolge zu erzielen, aber auch — ohne sich bei der Arbeit zu übernehmen und es doch zu beträchtlichen Ergebnissen zu bringen, dank richtigem Arbeitskräfteinsatz. Spitzentechnologien, Geschicklichkeit, dem Vermögen, Reserven zu ermitteln, d. h. sachkundig arbeitend und sich auf Forschungsergebnisse stützend.

Die Deckung des Bedarfs der Menschen an Nahrungsmitteln betrachtet unsere Partei als eine erstrangige Aufgabe. Die geplanten Maßnahmen zur radikalen Umgestaltung und Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus werden es ermöglichen, schon in naher Zukunft bedeutsame Wandlungen bei der Lösung des Lebensmittelprogramms zu erzielen.

Friedrich WALENWEITER, Brigadier im Getreidebausowchos „Sowjetski“ des Gebiets Nordkasachstan

Ich sage es aufrichtig: Unser Betrieb zählt in bezug auf die Lösung sozialer Aufgaben lange nicht zu den besten. Akut war lange Zeit das Problem der Arbeitskräfte, das sich infolge der Kaderfluktuation zugespitzt hatte. Zu verbessern galt es auch den Stand der sozialen und kulturellen Betreuung.

Die entstandene Lage müssen wir selbst verbessern. Auch in unserem Betrieb sieht man das ein. Schon heute macht die Kaderfluktuation uns weniger Sorgen — die Arbeiter bleiben in ihrem Betrieb; trotzdem ging die Einführung der staatlichen Gütekontrolle hier sehr schmerzhaft vor sich. Das Problem der Arbeitskräfte lösend, setzten die Partei- und Gewerkschaftsorganisation auf die Verbesserung der sozialen und kulturellen Betreuung. Das erste, was man erzielte, war die Verbesserung der Arbeit des Verkehrs. Jetzt sorgen zwei Omnibus-Fahrpläne auf zehn Linien für die Beförderung der Menschen zur Arbeit und wieder zurück. Eine besondere Beachtung schenkte man dem Wohnungsbau. In diesem Jahr erfolgt er unter Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Zur Zeit baut der Betrieb zwei 60-Familienhäuser. Im Betrieb wird ein spezialisierter Bau- und Montageabschnitt geschaffen.

Positive Wandlungen sind in der ärztlichen Betreuung der Arbeiter vorgesehen. Am Irtysh bauen wir ein prophylaktisches Betriebsklinikum mit 350 Plätzen und einen Krankenhauskomplex mit 1 000 Plätzen.

Alles, wovom ich sprach, sind nur die ersten Schritte. Noch viel mehr gibt es ungelöste Probleme. Erfolg werden wir nur dann haben, sagte M. S. Gorbatschow, wenn wir energisch, vernünftig, findig, kurzum umsichtig arbeiten.

Friedrich SCHMIDT, stellvertretender Generaldirektor für soziale Betreuung in der Vereinigung „Pawlodarer Traktorenwerk“

## Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR

### Über die Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft

### in der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung des Landes

Nach der Entgegennahme und Erörterung des Referats des Deputierten N. I. Ryshkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, stellt der Oberste Sowjet der UdSSR fest, daß die sich im Lande vollziehende Umgestaltung eine unmittelbare Fortsetzung der Sache des Großen Oktober ist; sie ist mit ihr unzertrennlich verbunden und stimmt mit ihr im wichtigsten — im zielstrebigsten Aufbau des Sozialismus — überein.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft, zur Überwindung der Diskrepanz zwischen dem sich herausgebildeten System der Wirtschaftsleitung und dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zielen auf die praktische Realisierung des vom XXVII. Parteitag, dem Januar- und dem Juniplenums des ZK der KPdSU von 1987 ausgearbeiteten strategischen Kurses auf Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes und auf die vollständige Nutzung der Möglichkeiten des Sozialismus im Interesse der weiteren Hebung des Volkswohlstandes. Diese Maßnahmen, erarbeitet auf der Grundlage einer tiefgehenden marxistisch-leninistischen Analyse der objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Volkswirtschaft, sind das Ergebnis der schöpferischen Bemühungen des ganzen sowjetischen Volkes, der Partei, der Sowjet- und der Wirtschaftsorgane, der Massenorganisationen, der Arbeitskollektive und der Wissenschaftler.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist der Ansicht, daß die Sowjetgesellschaft in der nach dem Aprilplenum des ZK der KPdSU von 1985 verstrichenen Zeit fest den Weg radikaler Umgestaltungen in allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen, der aktiven und engagierten Mitwirkung der breiten Massen der Werktätigen geht. Zugleich bestehen nach wie vor große Mängel in der Organisation der gesellschaftlichen Produktion. Immer noch spürt man Mißwirtschaft und Disziplinverletzungen; in der Handels- und der Dienstleistungssphäre macht sich ein bedeutender Rückstand bemerkbar, nur zögernd entwickelt sich die materielle Grundlage des Sozialbereichs. Hinausgezögert wird die Umgestaltung der Arbeit des Leitungssystems, es gibt Fälle, wo man sich zukunftsorientierten Initiativen widersetzt. Unter diesen Bedingungen sind die Um-

gestaltung der Wirtschaft und die Realisierung kardinaler Wandlungen in ihrem Leitungssystem eine unaufschiebbare Aufgabe.

Das konzipierte wissenschaftlich begründete Programm der Vervollkommnung des Leitungssystems hat einen ungeteilten Charakter. Es sieht eine weitgehende Demokratisierung der Leitung der Volkswirtschaft vor sowie die Erweiterung der Selbstständigkeit der Betriebe, ihre Umstellung auf die Arbeit mit vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung, Eigenfinanzierung und Selbstverwaltung. Qualität neu gestaltet werden die Planung, das System der ökonomischen Stimulierung und die Organisationsstrukturen der Leitung. Tiefgreifende Veränderungen werden die Ziel- und die Territorialteilung erfahren. Verwirklicht wird der Übergang von vorwiegend administrativen zu vorwiegend ökonomischen Methoden. Zahlreiche Elemente des neuen Herangehens an die Wirtschaftsleitung wurden in der Praxis geprüft und fanden weitgehende Unterstützung der Arbeitskollektive. Davon zeugt bereits die engagierte und aktive Teilnahme der Sowjetmenschen an der Erörterung des Gesetzesentwurfs über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung).

Der Oberste Sowjet der UdSSR befürwortet die Beschlüsse des Juniplenums des ZK der KPdSU von 1987 über Fragen der radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung und erachtet es als notwendig, sie der Arbeit aller Organe der Staatsmacht und Leitung, der Arbeitskollektive und Massenorganisationen zugrunde zu legen.

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beschließt:

1. Die von der Regierung der UdSSR konzipierten Maßnahmen zur Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung des Landes zu billigen, gerichtet auf die vollständige Entfaltung der Möglichkeiten des Sozialismus, auf die Verleihung der Wirtschaft des hohen Dynamismus, der Flexibilität und Aufgeschlossenheit für die wissenschaftlich-technischen Leistungen sowie auf die Demokratisierung des Produktionslebens, auf die weitgehende Entwicklung des lebendigen Schöpferturns der Massen und auf die Aktivierung des Faktors Mensch.

Eine Schlüsselbedeutung hat bei der Realisierung der geplanten Umwandlungen das Gesetz

der UdSSR über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung). Das Gesetz hat die radikalen Veränderungen in den Bedingungen der Wirtschaftsleitung und den Übergang zu vorwiegend ökonomischen Methoden der Leitung zu verankern, die Rahmen der Selbstständigkeit wesentlich zu erweitern und die Verantwortung der Betriebe zu erhöhen, in vollem Maße die Rechte zu garantieren, die sich aus ihrer führenden Rolle in der gesellschaftlichen sozialistischen Produktion ergeben, und die Hauptrichtungen der Umgestaltung der Tätigkeit der Organe der staatlichen Leitung festzulegen.

Während der Verwirklichung der Maßnahmen zur Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft gilt es, eine konsequente Realisierung des Leninschen Prinzips des demokratischen Zentralismus, die Erhöhung der Rolle der Arbeitskollektive, die Schaffung solcher organisatorischen und ökonomischen Bedingungen zu gewährleisten, wo jedes Kollektiv und jeder Arbeiter real zum wahren Herrn der Produktion wird und wo es auf staatsbürgerliche Art um die Festigung von Disziplin und Ordnung in der Produktion sowie um die Mehrung des Volksreichtums Sorge trägt.

Die konzipierten Maßnahmen erfordern eine entschiedene Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftsleiter, eine Umwandlung ihrer Denkwiese, eine weitgehende Anwendung ökonomischer Methoden der Leitung und neuer Formen der Arbeitsorganisation. Es gilt, die Initiative und den sozialistischen Unternehmensegeist der Kader größtmöglich zu fördern, ihre Verantwortung für die ihnen übertragenen Aufgabe und hohe Effektivität der Produktion zu erhöhen, ihnen das Vermögen beizubringen, unter Bedingungen eines weitgehenden Demokratismus und der Offenheit zu arbeiten.

2. Der Ministerrat der UdSSR hat bei der Realisierung der Wirtschaftsstrategie der Partei eine etappenweise und konsequente Realisierung sämtlicher Maßnahmenkomplexes zur Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft nach den Prinzipien der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Eigenfinanzierung und der Selbstverwaltung abzusichern, um in den dreizehnten Planzeitraum mit einem gut eingearbeiteten Wirtschaftsmechanismus zu treten;

das System der Leitung auf die tiefgreifende Umgestaltung

der Ökonomik, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Steigerung der Effektivität und Qualität der Arbeit sowie die Unterordnung der Produktion der Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen, Ansprüchen und Belangen der Sowjetmenschen abzuzeilen;

Maßnahmen zur radikalen Änderung der Planung und der materiell-technischen Versorgung, zur Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Vervollkommnung des Finanz- und Kreditystems, der Preisbildung, der Leitung von Arbeit und Sozialentwicklung sowie der Verbesserung des statistischen Wesens zu verwirklichen; eine ständige Übereinstimmung des einheitlichen Leitungssystems und aller seiner Komponenten mit den sich ändernden Bedingungen und neuen Aufgaben der sozialökonomischen Entwicklung des Landes zu erlangen;

die Tätigkeit der zentralen ökonomischen Organe, Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane, der Ministerräte der Unionsrepubliken, der örtlichen Leitungsorgane einschneidend zu verbessern, den Stil, die Formen und Methoden ihrer Arbeit zu vervollkommen, Ressortdenken und Lokalegoismus, Bürokratismus und Formalismus abschneiden zu überwinden.

3. Die Zentralen Wirtschaftsorgane, vor allem das Staatliche Plankomitee der UdSSR werden aufgefordert, gemäß den Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaftsleitung ihre Aufmerksamkeit auf die wissenschaftlich begründete perspektivische Entwicklung der Volkswirtschaft, die Festlegung ihrer Struktur, des Tempos und der Proportionen zu richten und eine Bilanziertheit des Wachstums der gesellschaftlichen Produktion sowie eine Übereinstimmung der gesamtstaatlichen Interessen mit den Interessen der Zweige, Regionen und Betriebe zu sichern, den Wirtschaftsmechanismus zwecks Schaffung maximal günstiger Bedingungen für die Tätigkeit der Hauptproduktionsstellen — der Betriebe und Vereinigungen — ständig zu vervollkommen. Es gilt, entschiedenen Übergang zu ökonomischen Methoden der Leitung und der Wirtschaftsführung zu verwirklichen, der zentralisierten Leitung der Volkswirtschaft durch umfassende Nutzung des ganzen Systems der ökonomischen Hebel, in erster Linie durch langfristige stabile wirtschaftliche Normative eine neue

Gestalt zu verleihen.

4. Die Ministerien, die staatlichen Komitees und Ämter müssen, sich auf die vom Juniplenum des ZK der KPdSU gebilligten Richtungen der grundlegenden Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaftsorgane stützend, die Formen und Methoden zur Leitung der Vereinigungen, Betriebe und Organisationen entschieden verändern und von den administrativen zu vorzugsweise ökonomischen Methoden übergehen. Sie müssen die notwendigen Bedingungen und Möglichkeiten für die Nutzung der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung, Eigenfinanzierung und Selbstverwaltung schaffen und auf dieser Grundlage eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und eine bessere Deckung des Bedarfs der Volkswirtschaft und der Bevölkerung an Spitzenerzeugnissen erzielen.

Zum Hauptanliegen bei der Vervollkommnung der Leitung muß die Verringerung der Organisationsstrukturen, eine bedeutende Verringerung der Stufenzahl, die Erhöhung des Niveaus der Produktionskonzentration, die Schaffung von Vereinigungen neuer Typen und die Zusammenlegung von Ministerien werden.

Die Ministerien und zentralen Staatsorgane, die Ministerräte der Unionsrepubliken und die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten sind verpflichtet, in ihrer Arbeit bei der Lösung von Aufgaben der Vergrößerung der Produktion von Massenbedarfsgütern, der Erweiterung von Dienstleistungen, des Umweltschutzes sowie anderer Fragen der Entwicklung des sozialen Bereichs das Zusammenwirken zu verstärken, abgestimmt und zielsicher zu arbeiten.

5. Die Obersten Sowjets, die Ministerräte der Unions- und der autonomen Republiken werden aufgefordert, das System der Volkswirtschaftsleitung in den Republiken umzubauen, um eine komplexe wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Territorien zu gewährleisten und den Beitrag jeder Republik zur Festigung des einheitlichen Volkswirtschaftsmechanismus des Landes zu vergrößern; dabei unbegründetes Überschneiden der Leitungsstruktur auf der Unionssebene in den Republiken auszuschließen, den Demokratismus und die Offenkundigkeit zu entfalten, unver-

Vorsitzender des Präsidioms des Obersten Sowjets der UdSSR A. GROMYKO  
Sekretär des Präsidioms des Obersten Sowjets der UdSSR T. MENTESCHASCHWILI  
Moskau, Kreml, 30. Juni 1987

# Siebente Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

## Zum Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die landesweite Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens

### Referat des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. A. GROMYKO

Die Arbeit der jetzigen Tagung, sagte er, verläuft unter dem Eindruck des neulich abgehaltenen Plenums des ZK der KPdSU. Sie ist von kolossaler und — ohne Übertreibung — programmatischer Bedeutung für das Leben der Partei und des ganzen Landes. Im Referat M. S. Gorbatschows in dem Plenarbeschluss sind die Hauptrichtungen der radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung sowie die Bedingungen und Methoden der Wirtschaftsführung im wichtigsten Produktionssektor festgelegt. Der Oberste Sowjet der UdSSR hat soeben das Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) verabschiedet, das zur Erfüllung dieser Aufgaben beitragen hat.

Nun wird der Tagung der Entwurf des Gesetzes über die landesweite Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens des Landes zur Erörterung unterbreitet. Darin finden die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Mitwirkung der Arbeitsmenschen an der Leitung von staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten ihre Weiterentwicklung und gewinnen eine konkrete gesetzgebende Form. Das Gesetz zielt auf die Realisierung der Richtlinien des Januarplenums des ZK der KPdSU und der darauffolgenden Beschlüsse der Partei über die weitere Demokratisierung aller Seiten des Lebens der sozialistischen Gesellschaft.

Die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung und die Erlangung eines qualitativ neuen Zustands der Gesellschaft sind ohne eine tiefgehende Umgestaltung undenkbar. Das ist eine prinzipiell wichtige Schlussfolgerung, die die Partei gezogen hat. Sie hat allseitig den zukunftsorientierten strategischen Kurs erarbeitet und begründet und setzt ihn sicher ins Leben um.

Jeder Sowjetmensch muß die Umgestaltung mit Herz und Verstand nicht nur als eine lebenswichtige gesellschaftliche Notwendigkeit, sondern auch als eine persönliche Notwendigkeit auffassen. Das bedeutet aber, nicht nur gewissenhaft zu arbeiten, sondern auch aktiv an der Leitung der Angelegenheiten seines Kollektivs, seiner Stadt, seiner Republik und des ganzen Landes mitzuwirken. Dabei spielen die Sowjets aller Ebenen eine überaus große Rolle. Auch sie müssen entscheiden ihre Tätigkeit, ihren Stil und ihre Methoden umstellen.

Die Teilnahme der Bürger auf allen Ebenen an der Lösung überaus wichtiger Angelegenheiten des Landes und an der Erörterung der Gesetzentwürfe ist die Schlüsselrichtung der Entwicklung der Selbstverwaltungsprinzipien unseres Staates. Und das ist eine prinzipielle Frage. Gerade darin erblickte Lenin einen der maßgebenden Vorzüge des sozialistischen Demokratismus. Heute ist es notwendig, die besten und fortschrittlichsten Formen der Volksherrschaft zur Realität zu machen, damit sie in vollem Maße dem Sinn und dem Wesen der marxistisch-leninistischen Lehre vom Sozialismus entsprechen.

Die sich im Lande vollziehende großangelegte und tiefgreifende Umgestaltung trägt zur Steigerung der politischen Aktivität der Werktätigen bei und erfordert eine wichtige qualitative Hinwendung zur besseren Freilegung und Nutzung des demokratischen Potentials des Sozialismus. Das ist auch noch deshalb nötig, weil

im bestimmten Zeitraum eine gewisse Deformation mehrerer Seiten des sozialistischen Demokratismus vor sich gegangen ist.

Der richtige Weg zur Verbesserung dieser Lage liegt in der konsequenten Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie. Nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU erfaßte diese Erneuerung immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens. In der Atmosphäre der Erneuerung tagten der Gewerkschafts- und der Konsumgüterkongress, die Foren der Komsomolverbände, verlaufen die Wahlen und die Attestierung leitender Kader verschiedener Ebenen. Offensiv zeigen sich die neugegründeten Massenorganisationen — die Frauerräte, die Räte der Veteranen des Krieges und der Arbeit, der Sowjetische Kulturfonds u. a.

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der weiteren Vertiefung der Demokratie ist die Erhöhung der Autorität und der Rolle der Sowjets bei der Strategie der Beschleunigung unserer Entwicklung. Dazu haben in äußerst hohem Maße die unlängst durchgeführten Wahlen zu den örtlichen Sowjets beigetragen. Die Wahlergebnisse haben die gestiegene politische Aktivität und staatsbürgerliche Reife der Werktätigen aller Unionsrepubliken vor Augen geführt.

Die Praxis der Wahlen in die Sowjets und das durchgeführte Experiment mit den Mehrmandatswahlkreisen haben die Notwendigkeit bekräftigt, ernsthafte Veränderungen in unserem Wahlsystem vorzunehmen. Dieser Vorschlag soll zur landesweiten Diskussion gestellt werden, die gemäß dem Gesetz verlaufen wird, dessen Entwurf wir erörtern.

Die Umgestaltung regt die Sowjetmensch zum Denken, Leben und Handeln auf neue Art an. Das Wesen der sich vor unseren Augen entfaltenden revolutionären Umgestaltung ermöglicht es jedem, Mitschöpfer und Teilnehmer großer Taten zu werden. Und das zur Erörterung stehende Gesetz wird zu einem mächtigen Stimulus der Steigerung der gesellschaftlich-politischen Aktivität der Bevölkerung werden. Es legt fest, daß Fragen, die die Hauptrichtungen der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes betreffen, sowie Fragen der Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte, Freiheiten und Pflichten der Sowjetbürger zur landesweiten Diskussion unterbreitet werden.

Der Redner ging auf die lebenswichtigen Aufgaben der Sozialpolitik ein. Über den Naturschutz sprechend, betonte er, daß der Zustand der Umwelt sich mit jedem Jahr kompliziert. Besorgniserregend ist die Lage des Ladogasees, der Waldseen, des Sewanasees, des Balchaissees und einer Reihe anderer Gewässer. Dasselbe gilt für das Asowsche und das Kaspische Meer sowie für den Aralsee. In bestimmtem Maß sind praktisch alle Flüsse Mittelasiens und des europäischen Teils der UdSSR verschmutzt. Sogar der Jenissei, der Ob und der Irtysh büßen ihre ehemalige Reinheit ein.

Die Luftverunreinigung, besonders in Industriezentren, dauert fort.

Jetzt, wo die Sache des Naturschutzes aus den Ämtern hinausgewachsen ist und zum Anliegen für das ganze Volk wird, ist eine umfassende Erörterung nicht nur allgemeiner Naturschutzfragen, sondern auch

konkreter Maßnahmen zur Beseitigung und Verhütung ungünstiger ökologischer Folgen der Entwicklung der Industrie und des Bauwesens sowie des sorglosen Verhaltens zu Natur notwendig.

Das Politbüro des ZK der KPdSU und die Sowjetregierung haben genau auf die Meinung der Öffentlichkeit. Die Vorbereitungsarbeiten zur Verlagerung eines Teils des Abflusses der nördlichen und sibirischen Flüsse sind schon eingeleitet. Die Verunreinigung des Balkasees ist verhindert worden. Und das ist gut.

Vordringlicher Fragen gibt es jedoch noch eine Menge. Sie müssen nach allseitiger Beratung mit dem Volk gelöst werden. Dazu soll das Gesetz über die allgemeine Erörterung wichtiger Fragen des Staatslebens beitragen.

Die Partei akzentuiert die Notwendigkeit, auch weiter beharrlich daran zu arbeiten, daß die Werktätigen die Möglichkeit haben, die Tätigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Organe praktisch zu beeinflussen. Von großer Bedeutung ist dabei die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für demokratische Institute. Gerade mittels des Rechts und des Gesetzes werden viele politische Schlüsselziele im Bereich der Demokratie, der Selbstverwaltung des Volkes, der Erweiterung der Offenbarkeit und der Festigung des Status des Bürgers in die konkrete Sprache der Praxis verkörpert und für alle verbindlich gemacht. Wir müssen die Qualität sowjetischer Gesetze auch weiter verbessern.

Die Verankerung der Ordnung der allgemeinen Erörterung wichtiger Fragen im festen Rahmen des Gesetzes wird ständige Rechtsgarantien für die Teilnahme der Bürger an der Vorbereitung staatlicher Entscheidungen schaffen.

Bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs wurde die bei uns diesbezüglich gültige Praxis allseitig erforscht. Bekanntlich wurden seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Entwürfe einer Reihe wichtiger Gesetze zur Erörterung unterbreitet. Besonders sei die allgemeine Erörterung des Entwurfs unseres Hauptgesetzes — der Verfassung der UdSSR von 1977 — hervorgehoben. Nützlich und ersprießlich wurde vom Volk der Entwurf der Grundlagen der Wohnungs- und Gemeindegesetzgebung, der Gesetzgebung über Ehe und Familie und die Schulreform diskutiert. Die sowjetische Öffentlichkeit erörterte auch die Gesetzesentwürfe über den Schutz von Gewässern, Wäldern, dem Erdboden, der Tierwelt, der Luft und von Kulturdenkmälern.

Allerdings gab es bei den früheren Erörterungen der Gesetzesentwürfe auch ernsthafte Mängel. Häufig waren solche Erörterungen allzu überorganisiert, verliefen formell, ohne die entsprechende Analyse der Vorschläge und Bemerkungen der Bürger. Daher fanden viele nützliche Vorschläge bei der endgültigen Fertigstellung der Entwürfe keine Widerspiegelung darin.

Auch das reiche Arsenal unserer Demokratie wird in den Unionsrepubliken lange nicht in vollem Maße genutzt. Nach der Erörterung der Entwürfe der Verfassungen von zehn Jahren wurde kein anderes Gesetz oder keine andere Gesetzgebung in den autonomen und Unionsrepubliken zur allgemeinen Erör-

terung unterbreitet. Sie zirkulierten nur in den zentralen Staatsorganen und Institutionen. Das zu verabschiedende Gesetz ist berufen, den schwerwiegenden Mängeln der Vergangenheit bei der Durchführung von Erörterungen einen festen Riegel vorzuschieben und einen einschneidenden Umschwung auch in der Praxis der Vorbereitung von Republik-Gesetzgebungsakten herbeizuführen.

Das zur Erörterung vorliegende Gesetz legt die gemeinsamen Prinzipien fest, auf denen die Diskussion der Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens von Unions-, Republik- und örtlicher Bedeutung beruht. Es enthält sichere Garantien für die weitestgehende Äußerung der Meinung sowjetischer Menschen. Eventuelle direkte oder indirekte Einschränkungen der Rechte der Bürger sind dabei ausgeschlossen.

Jetzt, wo der Kampf gegen Bürokratismus und Formalismus entfaltet ist, kommt es darauf an, daß sich die allgemeine Erörterung der Gesetzentwürfe nicht in eine formelle Prozedur verwandelt. Es ist notwendig, daß alle Bürger sich mit dem zur Erörterung unterbreiteten Entwurf bekannt machen.

Eine wichtige Garantie dafür, daß keine einzige Bemerkung und kein einziger Vorschlag ungeprüft oder unbewertet bleibt und daß die Meinungen der Werktätigen berücksichtigt werden, ist die gesetzmäßig vorgeordnete exakte Ordnung der Arbeit mit Vorschlägen und Bemerkungen. Sie soll von staatlichen und gesellschaftlichen Organen auf allen Ebenen, und in erster Linie von den Sowjets der Volksdeputierten, durchgeführt werden.

Die Meinung des Volkes zu berücksichtigen, sagte der Redner, ist auf allen Ebenen wichtig: sowohl im Landes- oder Republikmaßstab als auch im Gebiets-, Stadt-, Rayon- und Siedlungsmaßstab. Mehr noch, die Erörterung lokaler Fragen durch die Bevölkerung muß zu ständiger Praxis werden.

In letzter Zeit wurden neue politische und Rechtsmechanismen in Bewegung gesetzt, die das Ziel verfolgen, eine lebendige Verbindung der Sowjets und der Deputierten mit den Massen herzustellen. Vor etwas weniger als einem Jahr haben das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR den Beschluß gefaßt über die weitere Hebung der Rolle und die Verstärkung der Verantwortung der Sowjets für die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung. Man kann nicht behaupten, daß der Beschluß seine Aufgabe bereits erfüllt hätte.

Das bewies auch unter anderem die Erörterung der Fragen über die Arbeit der Sowjets einer Reihe von Gebieten und Städten des Landes im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR. Die örtlichen Behörden gehen bei ihrer praktischen Tätigkeit nicht überall sicher vor, nur zaghaft ziehen sie die Bevölkerung zu Rate, die Meinung der Werktätigen wird bei der Lösung wichtiger Vorhaben ungenügend berücksichtigt. Die Sowjets nutzen noch nicht im vollen Maße ihre neuen, erweiterten Rechte, die sie beeinflussen zu schwach die ökonomische und soziale Entwicklung ihrer Territorien.

Einerseits äußern die Sowjets aller Ränge und ihre Vollzugskomitees große Genugtuung über die ihnen zugestandenen Befugnisse. Andererseits aber stehen sie oft ratlos da — womit ist vor allem der Anfang zu machen, welche Probleme sollen sie voll und ganz selbst lösen und welche gemeinsam mit den übergeordneten Organisationen? Es mangelt ihnen an verantwortungsvollerem Herangehen an die Sache, an praktischer Umgestaltung der Arbeit, an Verzicht auf Amtsschimmel, es mangelt ihnen an Beratung mit der Bevölkerung.

Eine ständige und ernsthafte Aufmerksamkeit erfordert der Sozialbereich. Die Fragen der sozialen Entwicklung müssen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Macht- und Leitungsorgane aller Stufen stehen. Auch unsere gesetzgebende Tätigkeit muß natürlich ebenfalls zur Lösung dieser Landesaufgaben beitragen. Bekanntlich kam es früher im Zentrum sowie in den örtlichen Organen zur Unterschätzung der herangereiften Probleme der materiellen Basis des Sozial- und Kulturbereichs. Diese Sachlage ist durch die Partei entschieden verurteilt worden.

Was die zentralen Ministerien und andere Staatsorgane angeht, von denen die praktische Lösung der sozialen Fragen in größerem Maße abhängt, so haben viele von ihnen, so erklärte der Redner, keine gehörigen Konsequenzen aus den Zielsetzungen des Parteitages gezogen. Doch Ministerien hin, Ministerien her, aber an die örtlichen Machtorgane muß man besondere Ansprüche stellen. Es ist etwa nicht bekannt, daß sich die Menschen mit der Wohnungsfrage, wegen einem Platz in der Kinderkrippe oder mit Klagen über die Qualität der Dienstleistungen vor allem an den örtlichen Sowjet wenden? Und das ist richtig. Doch es gibt nicht wenige örtliche Sowjets, die die Menschen wieder verlassen müssen, ohne wenigstens eine plausible Antwort oder Erklärung bekommen zu haben. Und sie beginnen Moskau, bildhaft gesagt, mit Briefen zu bombardieren. Solche Briefe und Appellationen liegen in großen Mengen vor.

Der Berichterstatter betonte, daß die Umgestaltung für die Sowjets eine praktische Verbesserung der Arbeit von Einrichtungen des Gesundheitsschutzes, der Sozialfürsorge, der Volksbildung und Kultur bedeutet. Doch an erster Stelle steht natürlich der Wohnungsbau. Er bleibt nach wie vor ein akutes Problem.

Deshalb erfordert der Auftrag des XXVII. Parteitages der KPdSU, bis zum Jahre 2000 jede Familie mit einer eigenen Wohnung oder einem Eigenheim zu versorgen, große Anstrengungen aller Sowjetorgane, der Leiter von Betrieben und Organisationen sowie der Arbeitskollektive. Er muß aber auf jeden Fall erfüllt werden.

Vom Wohnungsbau und Bauwesen, von der Produktion von Massenbedarfsartikeln und der Entwicklung der Dienstleistungssphäre sprechend, rücken die Menschen ganz mit Recht die Qualitätsfrage in den Vordergrund. Man muß mit allen Mitteln, darunter auch mit rechtlichen, die Verantwortung der Betriebsleiter und jedes Arbeiters für die Produktion hochwertiger, für die Bevölkerung nötiger Erzeugnisse heben. Auch die Sowjets müssen zu dieser Sache eine prinzipielle Haltung einnehmen.

Unsere Gesetze müssen zur Bestätigung einer gesunden Lebensweise beitragen. Das setzt die Fortsetzung eines kompromißlosen Kampfes gegen solche schweren Laster wie Trunksucht und Alkoholisierung voraus. Im großen und ganzen sind im Lande die Produktion und der Verkauf von Spirituosen bekanntlich rapide zurückgegangen; auch die Arbeitsdisziplin ist erstarbt.

Zugleich wird der Kampf gegen Alkoholisierung in einigen Rayons nur ungenügend geführt. Dabei werden an der Basis häufig mißratene Beschlüsse entgegen dem geltenden Gesetzes gefaßt. Manche Leiter greifen nach wie vor zu „Feuerwehrmethoden“, erstatten formelle Rechenschaftsberichte über gefaßte Maßnahmen. Nach solcherart Rechenschaftslegung sind sie dann beruhigt, obwohl keine Gründe dazu vorliegen. Im vorigen Jahr ist die Produktion von Spirituosen mancherorts sogar angewachsen. Die Zahl der entdeckten Fälle von Selbstbrennerei hat sich vergrößert.

Jedoch wir können nicht vom Gesetz abweichen und werden es auch nicht tun. Das wird durch die höheren Interessen des Landes und des Volkes diktiert.

Ernste Aufmerksamkeit erfordern unter den Bedingungen der Umgestaltung die Fragen des Rechtsschutzes, der Festigung der Gesetzgebung, der Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger, des Niveaus der Disziplin und der Ordnung. Auch hier gibt es viele ungelöste Probleme — zu hoch ist die Verbrechenquote, viele Rechtsverletzungen lassen sich Jugendliche zuschulden kommen. All das ist ein breiter und ein in höchstem Maße verantwortungsvoller Tätigkeitsbereich der Sowjets. Gerade der Sowjets, und nicht der Vollzugskomitees, die unter unmittelbarer Kontrolle der vom Volk gewählten Deputierten handeln müssen.

Hierbei sei betont: Die Fragen, die einer Lösung bedürfen, werden nur selten auf Sitzungen erörtert, die Menschen wissen manchmal nicht, was die Sowjets erörtern und beschließen und beteiligen sich nicht als Folge nicht gebührend an den durchzuführenden Maßnahmen.

Das zur Erörterung stehende Gesetz erfordert, daß die Bevölkerung die Komplexpläne der ökonomischen und Sozialentwicklung, den Haushalt, die mit der Bedienung der Bevölkerung zusammenhängenden Fragen der Arbeit von Betrieben, Einrichtungen und Organisationen zur Behandlung vorzuschlagen. Ihre Arbeit befriedigt zur Zeit die Sowjetmensch in keiner Weise.

Es gibt auch viele andere wichtige Angelegenheiten, die man nicht lösen darf, ohne die Bevölkerung zu Rate zu ziehen. Das sind Probleme, die mit dem Städtebau, der Unterbringung von Industriebetrieben, der Gründung neuer Häuser oder Wohnbezirke, dem Abbau alter Gebäude, dem Setzen von Denkmälern, der Benennung und Umbenennung von Städten und Straßen verbunden sind. Man muß die Meinung der Bürger auch in solch einer Angelegenheit, wie die genossenschaftliche und individuelle Erwerbstätigkeit sowie die Errichtung von Jugendwohnkomplexen berücksichtigen.

Heute sind vielerorts bereits Merkmale einer Wandlung zum Besseren zu sehen. Die Entwür-

fe der Beschlüsse der Sowjets werden in der Presse veröffentlicht und vorher auf Versammlungen der Arbeitskollektive, auf Vollversammlungen der Bürger, auf Zeltungsseiten, auf Konferenzen und Beratungen besprochen. Über die Entwürfe wird ein aktiver Meinungsaustausch geführt. Und die Leute beginnen zu spüren, daß sie etwas zu sagen haben, daß man ihre Meinung respektiert. Das zu diskutierende neue Gesetz eröffnet solch einer Praxis allerorts unbegrenzten Spielraum. Damit seine Bestimmungen mit realem Inhalt gefüllt werden, damit die Bürger die wichtigsten Lebensfragen des Landes frei erörtern und eine klare Vorstellung von der Arbeit der staatlichen Organe, vor allem der Sowjets, haben können, muß die Publizität allseitig erweitert werden. Es müssen Verhältnisse für lebhaftere Diskussionen, selbständiges Handeln und schöpferisches Denken geschaffen werden. Die Publizität muß zu einem einwandfrei wirkenden System werden. Jeder Bürger muß eine wahre und ausreichende Information über die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe sowie der Amtspersonen erhalten, frei seine Meinung über die Massenmedien wie auch in schriftlicher oder mündlicher Form ausdrücken. Als Garantie für solch ein Recht dient die Offenheit der Informationsquellen, die Offenheit der Tätigkeit der Sowjets und ihrer Vollzugskomitees auf allen Ebenen. Dort, wo Mängel, Mißstände, Gesetzesübertretungen vorkommen, muß alles zur Sache der Publizität — über Fernsehen, in der Presse, auf einer Versammlung oder Sitzung — getan werden. All diese Fragen harren auch von gesetzlicher Seite ihrer Lösung. Die Annahme von Rechtsakten, die die Erweiterung der Publizität sichern, wird auf dem Wege der Verwirklichung der Richtlinien der Partei zu einem wichtigen politischen Ereignis werden.

Das zu verabschiedende Gesetz wird das erste in der Reihe dieser Akten sein. Damit es aber wirkt, müssen der Sinn und die Bestimmung seiner Grundsätze vor den Menschen in ihrer ganzen Fülle erschlossen sowie die konkreten Aufgaben der staatlichen und gesellschaftlichen Organe für die Befolgung des Gesetzes bestimmt werden. Es ist auch notwendig, die neuen Gesetzgebungsakten der Unionsrepubliken, die mit der Erörterung der wichtigsten Fragen in den Unionsrepubliken und an der Basis verbunden sind, zu durchdenken und vorzubereiten.

Die sich im Lande abspielenden Prozesse, selbst die Umgestaltung — die Seele dieser Prozesse — erfolgen auf der Basis der Ideen der Oktoberrevolution, deren 70. Jahrestag einen mächtigen Impuls der Arbeit zu der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung verleiht. Das ist ein Schritt, den wir stolz sein können, jedoch wir haben auch noch so manches nachzuholen. Man muß so handeln, damit es ein jeder lernt, unter den Verhältnissen der sich vertiefenden sozialistischen Demokratie zu leben und zu arbeiten. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR unterbreitet Ihnen den Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die allgemeine Erörterung der wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens und ersucht Sie, ihn anzunehmen. (Anhaltender Beifall).

## Zum Entwurf des Gesetzes der UdSSR über gerichtliche Beschwerdeführung gegen Übergriffe von Funktionären

### Referat des Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge des Unionsowjets G. P. RASUMOWSKI

Die auf der jetzigen Tagung zur Erörterung stehenden Fragen, sagte er, zeugen beredt von der Lebensfähigkeit des vom Aprilplenums des ZK der KPdSU von 1985 und vom XXVII. Parteitag der KPdSU erarbeiteten Kurses auf Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, auf Umgestaltung und möglichst bessere Realisierung der demokratischen Prinzipien und Potenzen, die der Natur des Sozialismus wesenseigen sind.

Zur Zeit ist eine entschiedene Hinwendung zur Überwindung der Mängel bei der Nutzung des Potentials der sozialistischen Demokratie und der radikalen Erneuerung ihrer Institute, des Inhalts, der Formen und Methoden ihrer Arbeit im Gange. Zum Merkmal unserer Zeit wird die ständig anwachsende Teilnahme der Werktätigen am staatlichen und gesellschaftlichen Leben, die konsequente Durchsetzung der Leninschen Ideen der Demokratisierung der Gesellschaft, die Erweiterung der Publizität sowie die Entwicklung von Kritik und Selbstkritik.

Die Schlüsselauflage der Umgestaltung und ihr wichtigstes Element, so heißt es auf dem dieser Tage abgehaltenen Plenum des ZK der KPdSU, bilden die radikale Reform der Wirtschaftsleitung. Der Sinn und die allgemeine Ausrichtung dieser Reform wie auch der ganzen Umgestaltung wird durch die kurze Formel — mehr Sozialismus und mehr Demokratie — zum Ausdruck gebracht.

Die Realisierung des Programmkurses der Partei auf eine

weitestgehende Demokratisierung der Sowjetgesellschaft und auf die Vertiefung der sozialistischen Selbstverwaltung ist untrennbar verbunden mit der Gewährleistung eines sicheren Schutzes der Verfassungsrechte und -freiheiten der Sowjetmensch und mit dem achtungsvollen Verhalten zur Würde der Bürger. Der allseitige Schutz der Menschenrechte ist ein wichtiges Element unter den wahren Gütern der sozialistischen Gesellschaftsordnung, eines der wichtigsten politischen, moralischen und rechtlichen Forderungen unserer Gesellschaft.

Der Redner unterstrich, daß gegenwärtig gemäß den Beschlüssen der Partei effektive Maßnahmen zur Festigung der Rechtsgrundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie zur Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsverletzungen, bürokratische Verzerrungen und andere negative Erscheinungen eingeleitet werden. Es wurde eine Reihe konkreter Schritte zur Verwirklichung der Gesetzgebung sowie dazu unternommen, sie mit den objektiven Bedürfnissen der Entwicklung des Landes in der gegenwärtigen Etappe in Einklang zu bringen. Diese Maßnahmen tragen zur Gesundung der moralischen Atmosphäre in der Gesellschaft bei, und sie erfüllen die einmütige Unterstützung des Volkes.

Die reale Verwirklichung sämtlichen Komplexes von Rechten sowie die Erziehung jedes Bürgers im Sinne der Einheit seiner Rechte und seiner Pflichten hängt vielfach von der pünktlichen Erfüllung der sowjetischen Gesetze durch alle Funktionäre ab. G. P. Rasumowski stellte fest, daß bis jetzt in der Praxis ernsthafte Ab-

weichungen von den Rechtsnormen vorkommen, darunter bei der Lösung von Fragen, die die Interessen der Menschen betreffen. Noch nicht ausgemerzt sind Bürokratismus und Amtsschimmel, herzloses und formales Verhalten zu den Menschen und zur Befriedigung ihrer legitimer Forderungen.

W. I. Lenin hob wiederholt die Notwendigkeit einer exakten Arbeit aller Elemente des Staatsapparats hervor. In seinem Brief an die Leiter der zentralen Sowjetinstitutionen schrieb er, die Maschine der sowjetischen Administration müsse akkurat, exakt und schnell funktionieren. Unter ihrer Schlamperlei leiden nicht nur die Interessen von Privatpersonen, auch sämtliche Leitung bekommen einen trügerischen und imaginären Charakter.

Diese Bestimmungen sind aktuell auch heute, wo das Land in die Zeit der Umgestaltung, der Erneuerung aller Seiten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens bzw. der Überwindung von Stagnation geschritten ist, wo sich der Kampf gegen Verantwortungslosigkeit und bürokratisch gleichgültiges Verhalten zu den Menschen entfaltet hat. Die Leninschen Forderungen haben ihren Niederschlag in der heute gültigen Verfassung der UdSSR und in der laufenden Gesetzgebung über die Beschwerdeführung gefunden.

Zugleich war die Bestimmung des Artikels 58 der Verfassung über die gerichtliche Beschwerdeführung gegen unter Gesetzverletzung und Amtsmißbrauch begangene Übergriffe von Funktionären, die die Rechte der Bürger verletzen, bis jetzt noch nicht realisiert. Die Notwendig-

keit einer rascheren Ausarbeitung eines solchen Gesetzes wurde auf dem XXVII. Parteitag akzentuiert.

Der Referent charakterisierte kurz die Hauptrichtungen des Entwurfs des neuen der Tagung zur Erörterung unterbreiteten Gesetzgebungsaktes. Bei der Festlegung der Ordnung der gerichtlichen Beschwerdeführung gegen Übergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger, sagte er, heißt es im Gesetz, daß gegen die von Funktionären in deren Namen wie auch im Namen der sie vertretenden Organe begangenen Übergriffe Berufungen eingelegt werden können. Somit können sich die Bürger an das Gericht bezüglich eines ziemlich breiten Fragenkreises wenden.

Zugleich wird festgelegt, daß der gerichtlichen Schlichtung einer Beschwerde unbedingt deren Untersuchung durch höherstehende Funktionäre oder das höherstehende Organ vorausgehen muß. Diese Ordnung wird eingeführt, um über die Möglichkeit zu verfügen, die begangenen Fehler operativ zu beheben, ohne die Sache ans Gericht zu bringen, und die Verantwortung für die fassenden Beschlüsse nicht den unmittelbaren Funktionären sondern auch jener Organe und Leiter zu erhöhen, denen sie unterstellt sind. Angesichts dessen stehen jetzt besonders akut die Fragen der Umgestaltung der Tätigkeit des Staatsapparats im Sinne der strikten Befolgung der Forderungen der Gesetze sowie des Vermögens jedes Funktionärs, die zu seinem Kompetenzbereich gehörenden Fragen sachkundig und verantwortungsvoll, in der Atmosphäre der Offenbarkeit zu lösen.

In voller Übereinstimmung mit dem Teil II des Artikels 58 der Verfassung der UdSSR sieht der Entwurf die gerichtliche Beschwerdeführung nur gegen Übergriffe einzelner handelnder Funktionäre vor. Was die Beschuldigten betrifft, die von Kollegialorganen zum Beispiel des Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, den Kommissionen für Rentenleistung, den Kommissionen für Verhandlung von Arbeitsstreitigkeiten angenommen werden, so kann gegen sie gemäß der gültigen Gesetzgebung Berufung eingelegt werden.

Das vorliegende Gesetz behält außerdem nicht die gültige gerichtliche Führung einiger Arten von Beschwerden, zum Beispiel die Verhängung von Verwaltungsstrafen, die ungesetzliche Entlassung usw.

Dabei wird vorgeschlagen, in das Gesetz einige zusätzliche Garantien der Bürgerrechte aufzunehmen. Unter anderem wird vorgesehen, daß sich auf Bitte der Bürger Vertreter von Massenorganisationen und Arbeitskollektiven mit Beschwerden zum Schutz ihrer Interessen ans Gericht wenden können. Es ist eine ziemlich kurze Frist, festgesetzt in der das Gericht die Beschwerde zu untersuchen hat, — zehn Tage. Dabei wird das Prinzip der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens gesichert. Die Beschwerde wird unter Teilnahme des Bürgers, der sie erhoben hat, sowie des Funktionärs, gegen dessen Übergriffe Berufung eingelegt wird, untersucht. An der Gerichtsverhandlung können Vertreter von Massenorganisationen und Arbeitskollektiven, Funktio-

näre übergeordneter Organe oder ihre Vertreter teilnehmen.

Der Entwurf erweitert die Rechtsbasis zur weiteren Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, zur Verstärkung der Rechtsgarantien der Bürger und Gewährleistung neuer Anreize zur Verwirklichung der Anforderungen der Partei; die Hebung der Aktivität der Werktätigen, aller und eines jeden in der schöpferischen Arbeit, die Überwindung von Mängeln, Mißbräuchen und Verletzungen der Rechts- und Moralnormen. Er wird helfen, das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit aktiver durchzusetzen und die reale Teilnahme der Bürger an der Leitung der Staatsangelegenheiten sowie die Festigung der staatlichen Disziplin zu fördern.

Es ist eine wichtige Aufgabe, die gewährleistet, daß das Gesetz nach seinem Inkrafttreten aktiv die Interessen der Gesellschaft und der Bürger verwirklichen hilft. Das wird nicht automatisch erfolgen, dies wird eine entsprechende Vorbereitung für seine Anwendung erfordern. Das bezieht sich in erster Linie auf die Tätigkeit der Berichte, der Rechtsorgane und der Staatsanwaltschaft. Gerade zwecks solcher Vorbereitung wird vorgeschlagen, das Gesetz ab 1. Januar 1988 in Kraft zu setzen.

Die Gerichte sind berufen, in jedem konkreten Fall nicht nur die Wahrheit zu erlangen und die Rechtmäßigkeit der Forderungen der Bürger zu bestimmen, nicht nur das rechtswidrige Vorgehen von Amtspersonen nach Recht und Billigkeit einzuschätzen, sondern auch die Ursachen der Rechtsverletzungen aufzudecken und letzten Endes die Verbesse-

rung sämtlicher Arbeit mit den Klagen und Eingaben der Werktätigen zu fördern. Eine große Verantwortung für die strikte Erfüllung der Anforderungen des vorliegenden Gesetzes wird den Organen der Staatsanwaltschaft, den Sowjets der Volksdeputierten und den Organen aufgelegt, die die Leitung der Gerichte ausüben.

Die Willkür der Amtspersonen unterbindend, muß man es zugleich verstehen, Ränkeschmiede sowie den pflichtvergessenen Menschen in ihre Schranken zu weisen, die verschiedene Methoden, darunter auch das im Gesetz verankerte Recht auf Klagen anzuwenden suchen, um ehrliche Werktätige zu verleumden und eine Atmosphäre von Nervosität und Mißtrauen im Arbeitskollektiv zu schaffen. Die Handlungsweise solcher Personen muß eine prinzipielle Einschätzung sowohl seitens der Öffentlichkeit als auch des Gerichts erfahren.

Der neue Gesetzgebungsakt, sagte der Redner, hat eine wichtige Rolle zu spielen bei der Inanspruchnahme aller Reserven zur Festigung der Gesetzlichkeit sowie bei der Erweiterung der Publizität und des Demokratismus, bei der Lösung komplizierter, mannigfaltiger Aufgaben, vor denen unser Land unter den Bedingungen der Umgestaltung steht. Im Namen der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR unterbreite ich den Vorschlag, das Gesetz der UdSSR über die Ordnung gerichtlicher Beschwerdeführung gegen Übergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger anzunehmen. (Anhaltender Beifall).

# Gesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die landesweite Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens

Die weitere Vertiefung der sozialistischen Demokratie und die Entwicklung der Selbstverwaltung des Volkes setzen für jeden Bürger der UdSSR eine Erweiterung der realen Möglichkeiten voraus, sein Verfassungsrecht auf die Teilnahme an der Leitung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten, an der Erörterung der Entwürfe von Gesetzen und Beschlüssen von gesamtstaatlicher bzw. lokaler Bedeutung auszuüben, die von den Massenorganisationen laut

ihren statutenmäßigen Aufgaben zur Diskussion unterbreitet werden.

Das vorliegende Gesetz hat die Beteiligung der Bürger an der Erarbeitung von Entscheidungen über wichtige Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage weitgehender Publizität sowie der Gegenüberstellung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Meinungen und Vorschläge von Werktätigen zu fördern.

und Durchführung der Diskussionen

An der Vorbereitung und Durchführung der Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens beteiligen sich die Organisationen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Gewerkschaften, des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes, genossenschaftliche Organisationen, Organisationen von Frauen, von Kriegs- und Arbeitsveteranen, andere gesellschaftliche Organisationen und Arbeitskollektive.

Artikel 8. Gewährleistung der Durchführung von Diskussionen

Die Durchführung der Diskussion wichtiger Fragen von Unions-, Republik- und lokaler Bedeutung wird von den Sowjets der Volksdeputierten gewährleistet.

Artikel 9. Publizität bei der Durchführung von Diskussionen

Die Diskussion erfolgt auf der Grundlage weitgehender Publizität. Die zur Erörterung vorgelegten Gesetzentwürfe und andere wichtige Fragen des staatlichen Lebens werden in der Presse veröffentlicht, im Fernsehen und Rundfunk verläutert sowie auf andere Weise der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

## II. Ordnung der landesweiten Diskussion

Artikel 12. Unterbreitung von Fragen zur landesweiten Diskussion

Zur landesweiten Diskussion werden Entwürfe von Gesetzen und Beschlüssen unterbreitet, die die Hauptrichtungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte, Freiheiten und Pflichten der Sowjetbürger sowie andere besonders wichtige Fragen des staatlichen Lebens betreffen, die zur Kompetenz der UdSSR gehören.

Die Unterbreitung von Gesetzentwürfen und anderen Fragen zur landesweiten Diskussion erfolgt auf Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR oder des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der auf ihre Initiative oder auf Vorschlag einer Unionsrepublik gefaßt wird. Empfehlungen über die Zweckmäßigkeit der Unterbreitung eines Gesetzentwurfs oder einer anderen Frage zur landesweiten Diskussion können von ständigen Kommissionen des Unionsowjets und des Nationalitätenowjets, vom Ministerrat der UdSSR, von gesamtstaatlichen Massenorganisationen sowie von anderen Organen und Personen geäußert werden, die dem Obersten Sowjet der UdSSR oder seinem Präsidium einen Gesetzentwurf oder eine andere Frage in Obereinstimmung mit dem Gesetz unterbreiten.

Die Massenmedien beleuchten

allseitig den Verlauf der Erläuterung, publizieren Vorschläge und Bemerkungen der Bürger, der staatlichen Organe, Massenorganisationen und Arbeitskollektive sowie Übersichten der eingelaufenen Vorschläge und Bemerkungen, informieren über die Ergebnisse der Diskussion.

Artikel 10. Mit der Diskussion verbundene Ausgaben

Die Ausgaben, die mit der Diskussion von Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Fragen des staatlichen Lebens sowie mit der Erörterung der Entwürfe von Beschlüssen der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und ihrer Vollzugskomitees zusammenhängen, werden vom Staat bestritten.

Artikel 11. Verantwortlichkeit für Verletzung der Diskussionsgesetzgebung

Amtspersonen der staatlichen und gesellschaftlichen Organe, die sich Verletzungen des vorliegenden Gesetzes zuschulden kommen lassen, sowie Personen, die einen Bürger der UdSSR an der freien Ausübung seines Rechts, an der Diskussion teilzunehmen, behindern, tragen dafür die vom Gesetz festgelegte Verantwortung.

UdSSR oder bilden zu diesem Zweck eine Sonderkommission.

Artikel 13. Organisation der Diskussion von Gesetzentwürfen und anderen Fragen, Verallgemeinerung der Vorschläge und Bemerkungen

Die Unions-, Republik- und örtlichen Sowjets sowie andere Staatsorgane, die Leiter der Betriebe, Anstalten und Organisationen gewährleisten gemeinsam mit den Massenorganisationen eine breite Erörterung der Gesetzentwürfe und anderer Fragen und schaffen die dazu notwendigen Bedingungen.

Die Bürger können ihre Vorschläge und Bemerkungen zu den Gesetzentwürfen und anderen Fragen, die zur landesweiten Diskussion unterbreitet wurden, unmittelbar ans Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR oder ans Präsidium des Obersten Sowjets der Unions- bzw. autonomen Republik sowie an das Vollzugskomitee des örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und an andere Staats- und gesellschaftliche Organe richten.

Die zur landesweiten Diskussion unterbreiteten Gesetzentwürfe und andere Fragen können auf Tagungen der Sowjets der Volksdeputierten, auf Sitzungen ihrer Organe und der Deputiertengruppen sowie auf Versammlungen der Massenorganisationen, der Arbeitskollektive, der Bürger an ihren Wohnorten, von aus eigener Initiative tätigen Massenorganisationen, auf Versammlungen der Armeegehörigen in Truppteilen, in der Presse, im Fernsehen und im Rundfunk erörtert werden.

Die Vorschläge und Bemerkungen, die im Laufe der landesweiten Diskussion eingetroffen sind, werden von den Präsidien der Obersten Sowjets der Unions- bzw. autonomen Republik, Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen sowie von den Massenmedien verallgemeinert. Für die Zusammenfassung der eintreffenden Vorschläge und Bemerkungen können die besagten Organe Kommissionen und Arbeitsgruppen bilden. Die zusammengefaßten Vorschläge und Bemerkungen werden an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR weitergeleitet.

Artikel 14. Auswertung der Diskussion

Die im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zum Gesetzentwurf oder einer anderen Frage eingetroffenen Vorschläge und Bemerkungen der Bürger, der Arbeitskollektive, der staatlichen und gesellschaftlichen Organe werden erörtert und bei

der Endbearbeitung des Entwurfs durch die entsprechenden ständigen Kommissionen der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR, durch eine Sonderkommission oder ein Organ berücksichtigt, das die Frage dem Obersten Sowjet der UdSSR oder seinem Präsidium unterbreitet hat.

Zu deren Vorerörterung können sie Vorbereitungskommissionen und Arbeitsgruppen bilden, denen Volksdeputierte, entsprechende Spezialisten, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Vertreter der staatlichen und gesellschaftlichen Organe sowie wissenschaftlicher Institutionen angehören.

Die Massenmedien informieren die Bevölkerung regelmäßig über die eintreffenden Vorschläge und Bemerkungen sowie über den

Verlauf ihrer Erörterung und organisieren Erläuterungen der Bestimmungen des Gesetzentwurfs oder einer anderen Frage.

Die Ergebnisse der landesweiten Diskussion eines Gesetzes oder einer anderen Frage werden vom Obersten Sowjet der UdSSR bzw. vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erörtert; die Bevölkerung wird darüber informiert.

Die Vorschläge und Bemerkungen, die keinen Bezug auf den zur Erörterung stehenden Gesetzentwurf oder eine andere Frage haben, werden gemäß ihrem Charakter an die entsprechenden staatlichen und gesellschaftlichen Organe weitergeleitet, die sie in festgelegter Ordnung behandeln.

## I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Landesweite Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens

In Obereinstimmung mit der Verfassung der UdSSR werden die wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens landesweit diskutiert.

Gesetzentwürfe und andere wichtigste Fragen des staatlichen Lebens werden vom Obersten Sowjet der UdSSR oder vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zur landesweiten Erörterung unterbreitet.

Artikel 2. Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens der Unionsrepublik

In der Unionsrepublik können Gesetzentwürfe und andere wichtige Fragen des staatlichen Lebens der Unionsrepublik dem ganzen Volk zur Diskussion unterbreitet werden.

Die Gesetzentwürfe und andere wichtige Fragen werden zur allgemeinen Diskussion vom Obersten Sowjet oder vom Präsidium des Obersten Sowjets der Unionsrepublik unterbreitet.

Artikel 3. Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens der autonomen Republik

In der autonomen Republik können Gesetzentwürfe und andere wichtige Fragen des staatlichen Lebens der autonomen Republik dem ganzen Volk zur Diskussion unterbreitet werden.

Die Gesetzentwürfe und andere wichtige Fragen werden zur allgemeinen Diskussion vom Obersten Sowjet oder vom Präsidium des Obersten Sowjets der autonomen Republik unterbreitet.

Artikel 4. Diskussion wichtiger lokaler Fragen durch die Bevölkerung

Entscheidungen über wichtige Fragen von lokaler Bedeutung, die die Interessen der auf dem entsprechenden Territorium lebenden Bevölkerung betreffen, werden von den Sowjets der Volksdeputierten und ihren Vollzugskomitees nach einer vorherigen Diskussion dieser Fragen durch die Bevölkerung getroffen.

Fragen von lokaler Bedeutung werden der Bevölkerung von den Sowjets der Volksdeputierten oder von ihren Vollzugskomitees zur Diskussion unterbreitet.

Artikel 5. Gesetzgebung der UdSSR, der Unions- und autonomen Republiken über die Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens

Die Ordnung der allgemeinen Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens wird durch das vorliegende Gesetz bestimmt.

Die Ordnung der allgemeinen Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens der Unions- und autonomen Republiken sowie der Erörterung wichtiger lokaler Fragen durch die Bevölkerung wird durch die Gesetze der Unions- und der autonomen Republiken auf Grund des vorliegenden Gesetzes bestimmt.

Artikel 6. Teilnahme der Bürger an Diskussionen

Den Bürgern der UdSSR wird freie Beteiligung an der Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gewährleistet.

An der Erörterung der Fragen von Unions-, Republik- und lokaler Bedeutung dürfen die Bürger der UdSSR unmittelbar, aber auch über gesellschaftliche Organisationen, Arbeitskollektive über Versammlungen an Wohnorten, über aus eigener Initiative tätige Massenorganisationen, Versammlungen von Armeegehörigen in ihren Truppteilen sowie über Massenmedien teilnehmen.

Jegliche direkte oder indirekte Einschränkungen der Rechte der Bürger der UdSSR auf die Teilnahme an den Diskussionen verbunden mit Herkunft, sozialer Stellung oder Vermögenslage, Rasse- und nationaler Zugehörigkeit, Geschlecht, Bildung, Sprache, Einstellung zur Religion, Wohnort in der gegebenen Gegend, Art und Charakter der Betätigung, sind verboten.

Artikel 7. Teilnahme der Massenorganisationen und Arbeitskollektive an der Vorbereitung

den, die dem Obersten Sowjet der UdSSR oder seinem Präsidium einen Gesetzentwurf oder eine andere Frage in Obereinstimmung mit dem Gesetz unterbreiten.

Die Entwürfe von Gesetzen und die Materialien zu anderen Fragen werden in der Zeitung „Iswestija Sowetow narodnych Deputatow SSSR“ und in anderen zentralen Zeitungen sowie in der Republik und, wenn nötig, auch in der örtlichen Presse nicht später als 10 Tage nach der Verabschiedung des Beschlusses über ihre Unterbreitung zur landesweiten Diskussion veröffentlicht. Sie können auch in spezialisierten Zeitschriften publiziert werden.

Gleichzeitig mit der Unterbreitung der Frage zur landesweiten Diskussion setzen der Oberste Sowjet der UdSSR oder sein Präsidium die Termine und die Ordnung der Arbeitsorganisation für die Prüfung der Vorschläge und der Bemerkungen fest, die im Laufe der landesweiten Diskussion eintreffen, und übertragen die Durchführung dieser Arbeit den entsprechenden ständigen Kommissionen des Unionsowjets und des Nationalitätenowjets der UdSSR sowie den Nationalitätenowjets des Obersten Sowjets der

## III. Diskussion wichtiger lokaler Fragen durch die Bevölkerung

Artikel 15. Unterbreitung der Beschlüsse der Bevölkerung zur Erörterung

Der Bevölkerung werden zur Erörterung die Entwürfe von Beschlüssen der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und ihrer Vollzugskomitees über die Pläne der komplexen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bzw. über den Haushalt, über die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit, über den Schutz der Rechtsordnung und der Bürgerrechte, über die Arbeit der Betriebe, Einrichtungen und Organisationen, die mit der Betreuung der Bevölkerung verbunden sind, sowie andere wichtige Fragen des staatlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufbaus an der Basis unterbreitet.

Die Unterbreitung der Entwürfe von Beschlüssen der örtlichen Sowjets und ihrer Vollzugskomitees sowie anderer wichtiger Fragen der Bevölkerung zur Erörterung erfolgt durch den örtlichen Sowjet oder sein Vollzugskomitee auf ihre eigene Initiative sowie auf Vorschlag der ständigen Kommissionen des Sowjets, der Deputiertengruppen, der Deputierten, der Organe der Massenorganisationen, der Arbeitskollektive, der Versammlungen von Bürgern an ihrem Wohnort sowie anderer in der Gesetzgebung der Unions- und autonomen Republiken vorgesehenen Organe und Organisationen.

Die Entwürfe der Beschlüsse

der örtlichen Sowjets und ihrer Vollzugskomitees werden in der Lokalpresse veröffentlicht oder auf andere Weise der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

Artikel 16. Behandlung von Fragen, die der Bevölkerung zur Diskussion unterbreitet werden

Die Fragen, die der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt werden, können auf Tagungen nachgeordneter Sowjets der Volksdeputierten, auf Sitzungen ihrer Vollzugs- und Verfügungsorgane, ihrer ständigen Kommissionen, der Deputiertengruppen sowie auf Versammlungen der Massenorganisationen, der Arbeitskollektive, der Bürger an ihrem Wohnort und auf Sitzungen der aus eigener Initiative tätigen Massenorganisationen vorbehandelt, aber auch in der Lokalpresse, im Fernsehen und Rundfunk erörtert werden.

Die Vorschläge und Bemerkungen der Organe, Organisationen und Bürger werden an das Vollzugskomitee des entsprechenden Sowjets weitergeleitet und bei ihrer endgültigen Fertigstellung sowie in der praktischen Tätigkeit berücksichtigt. Die Vorschläge und Bemerkungen, die ihrem Inhalt nach in den Kompetenzbereich höherer Organe gehören, werden an diese zur Erörterung weitergeleitet.

Über die Ergebnisse der Erörterung informiert das Vollzugskomitee die Tagung des Sowjets der Volksdeputierten und setzt die Bevölkerung darüber in Kenntnis.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. GROMYKO

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR T. MENTESCHASCHWILI

Moskau, Kreml, 30. Juni 1987

## Unrealistische Forderungen Washingtons

Der Sprecher des USA-Außenministeriums Phyllis Oakley hat beim jüngsten Briefing erneut versucht, die Notwendigkeit der Aufnahme der These von der Möglichkeit des Umbaus der Pershing-2-Raketen zu operativ-taktischen Pershing-1B-Raketen in den künftigen sowjetisch-amerikanischen Vertrag über Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen „zu begründen“. Das sei nach Vorstellungen des Außenministeriums eine Methode zur „Abschaffung“ der amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Die Vorstellungen sind, offen gesagt, sehr merkwürdig und „originell“. Einmal widerspricht eine solche Herangehensweise dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der vertragsschließenden Seiten. Die Sowjetunion wird alle ihre Mittelstreckenraketen in Europa vernichten müssen. Und die Vereinigten Staaten werden nach Entfernung nur einer Stufe ihre Raketen und folglich auch die nuklearen Gefechtsköpfe für sie beibehalten können. Es ist dazu ein offenes Geheimnis, daß die amerikanische Gesellschaft, die Pershing-2-Raketen baut, nicht nur eine Technologie des Umbaus dieser Raketen zu Pershing-1B-Raketen, sondern auch eine Technologie des „Rückbaus“ entwickelt, die den Vereinigten Staaten eine Möglichkeit bietet, jederzeit erneut Besitzer von Mittel-

streckenraketen zu werden. Folglich will das offizielle Washington am Verhandlungstisch militärische Vorteile für die USA erlangen.

Zum anderen reimt sich der Vorschlag über den Umbau der amerikanischen Raketen mit den mehreren Erklärungen der USA-Administration nicht zusammen, das künftige Abkommen werde das erste in der Geschichte sein, das nicht nur eine Begrenzung, sondern die Vernichtung von nuklearen Rüstungen vorsieht. In Wirklichkeit aber will Washington keine Vernichtung der amerikanischen nuklearen Rüstungen.

Ohne Zweifel stellt dieses Element der amerikanischen Position ei-

nes der Hindernisse dar, die die Ausarbeitung des künftigen Vertrags über Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Welt-raumoffen in Genf erschweren werden. Es ist nun an der Zeit, daß das offizielle Washington, falls es wirklich die Erstellung eines solchen Vertrages anstrebt, einen realistischen Weg, den Weg der Achtung der Sicherheitsinteressen des Partners, einschlägt und auf seine Forderungen verzichtet, die auf Erlangung einseitiger Vorteile für die USA zielen.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator

nes der Hindernisse dar, die die Ausarbeitung des künftigen Vertrags über Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Welt-raumoffen in Genf erschweren werden. Es ist nun an der Zeit, daß das offizielle Washington, falls es wirklich die Erstellung eines solchen Vertrages anstrebt, einen realistischen Weg, den Weg der Achtung der Sicherheitsinteressen des Partners, einschlägt und auf seine Forderungen verzichtet, die auf Erlangung einseitiger Vorteile für die USA zielen.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator

## Auf dem Briefing im Weißen Haus

Auf dem Briefing im Weißen Haus hat der Washingtoner TASS-Korrespondent den Pressesprecher des Präsidenten, Marlen Fitzwater, um eine Erläuterung der Position des Weißen Hauses zu der Erklärung des Vertreters der USA-Delegation auf den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf Maynard Glittman gebeten. Glittman hatte erklärt, die Administration erwäge eine Umrüstung der in Westeuropa stationierten amerikanischen Pershing-2-Mittelstreckenraketen, die im Falle einer sowjetisch-amerikanischen Übereinkunft vernichtet werden sollten, in operativ-taktische Raketen Pershing-1B, sowie deren eventuelle Übergabe an die Bundesrepublik Deutschland.

Präsident Reagan hatte am Montag die Hoffnung auf eine baldige Einigung über die Beseitigung der Raketen in Europa zum Ausdruck gebracht. Wenn aber die Pershing-2-Raketen in der Tat umgerüstet und an die Bundesrepublik Deutschland übergeben werden, was wird dann der Sowjetunion übrig bleiben? Ebenfalls für die SS-20-Raketen umrüsten und jemandem von ihnen Verbindeten übergeben? Von welcher „Null-Lösung“ kann dann die Rede sein?

Der Sprecher des Weißen Hauses wich der Frage aus. Er berief sich lediglich auf eine Erklärung von Glittman selbst sowie auf eine am vergangenen Donnerstag abgegebene äußerst nebelhafte Erklärung eines Vertreters des Außenministeriums zu dieser Frage.

Die auf dem Briefing anwesenden Korrespondenten reagierten mit Unzufriedenheit auf die Antwort des Sprechers des Weißen Hauses.

Unser Bild: Reizvolle Reiterinnen in der Stadtmitte von Rom.

Foto: TASS



## Aus aller Welt Panoramama

In den Bruderländern

### Der „Acht-Tonnen-Klub“

BUDAPEST. Einen stabilen Hektarertrag von 80 Dezitonnen Mais erzielen — diese Bedingung wird den Agrarbetriebern gestellt, die dem „Acht-Tonnen-Klub“ in Ungarn beitreten wollen. Heute gehören ihm über 100 führende Landwirtschaftsbetriebe an, die Rekordern zu ihrer Alltagsnorm gemacht haben.

Der „Acht-Tonnen-Klub“ entstand 1981 auf Initiative der Mitgliedsbetriebe des Produktionssystems für den Maisanbau nach dem Intensivverfahren, genannt „IKR“. Dank der Vereinigung von Bemühungen bei der Einführung der fortschritt-

lichen Technologie, beim Züchten neuer ertragreicher Hybriden sowie beim Einsatz leistungsstarker Technik hatten sie die erste spürbare Erhöhung der Ernte erzielt. Darauf kam man auf die Idee, den rentabelsten Landwirtschaftsbetrieben im Rahmen des „IKR“ ein großangelegtes Ziel zu stellen, dessen Erreichung es ermöglichen würde, die Vorzüge bedeutender sozialistischer Agrarbetriebe überzeugend vor Augen zu führen. So wurde der „Acht-Tonnen-Klub“ gegründet. Zur Zeit erhalten die Landwirtschaftsbetriebe dieses „Klubs“ stets hohe Hektarerträge.

### Direktkontakte ausschlaggebend

WARSAU. Die Entwicklung und Vertiefung von Direktkontakten zwischen den sowjetischen und polnischen Betrieben ist das wichtigste Mittel zur Herstellung einer stabilen und effektiven Kooperation, zur Steigerung des Produktionsniveaus und somit zur Erreichung des Weltniveaus der Erzeugnisse. Zu dieser Schlüsselrolle sind die Teilnehmer der gemeinsamen Beratung der Betriebsleiter in Warschau gelangt, die mit sowjetischen Produktions-

kollektiven zusammenarbeiten. An ihrer Arbeit nahmen Vertreter aus mehr als 200 Betrieben, Kombinat und Vereinigungen teil. Es wurde unterstrichen, daß das polnisch-sowjetische Abkommen über direkte ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und Organisationen gute Bedingungen für unmittelbare Kontakte der Arbeitskollektive geschaffen und die Zusammenarbeit um neue Formen bereichert hat.

### Gästebuch für Gehörlose

BRATISLAVA. Den Jahrespreis des slowakischen Pädagogischen Verlags hat diesmal das Gesteinwörterbuch für Gehörlose bekommen — das erste Werk dieser Art in der Republik. Es wurde von einem aus Defektologen und Sprachwissenschaftlern bestehenden Verfasserkollektiv erarbeitet. Aus einer Million Wörtern haben sie 700 der gebräuchlichsten ausgewählt. Die

Auswahl erfolgte durch die statistische Bearbeitung einer großen Menge gegenwärtiger, stilistisch verschiedenartiger Texte nach der Methode eines der Verfasser des Wörterbuchs Josef Mistrik. Somit ist diese Arbeit das erste Wörterbuch, das aufgrund exakter Forschungen entstand. Es enthält die alphabetisch geordneten Wörter und Zeichnungen der wichtigsten Gesten mit ihrer Beschreibung.

### Ausweisung gefordert

Die gesetzgebende Versammlung Panamas hat eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den USA-Botschafter in Panama, Arthur H. Davis, zu einer Persona non grata zu erklären. Er wird der Beteiligung an einem Komplott beschuldigt, das den Sturz der panamaischen Regierung zum Ziel hatte.

Dieser Schritt wurde unternommen, nachdem die USA-Botschaft zusammen mit den reaktionären Kräften Panamas regierungsfeindliche Aktionen inspiriert hatte. Die Regierung Panamas sah sich gezwungen, den Ausnahmezustand über das gesamte Territorium des Landes zu verhängen. Washington reagierte darauf mit einer Reihe von groben Aktionen. Der amerikanische Kongreß hat faktisch ultimativ von der Regierung Panamas gefordert, den Ausnahmezustand aufzuheben.

### Ein gut abgestimmter Rummel

Einen gut abgestimmten Rummel hat man in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan die in Asien stationierten Mittelstreckenraketen erhoben. Dabei werden Versuche unternommen, die Sowjetunion als einen Gegner der Beseitigung dieser Klasse von Waffen auf globaler Grundlage hinzustellen. Es wird behauptet, die UdSSR brauche nukleare Mittelstreckenraketen, die China unmittelbar bedrohen würden. Ein solches Argument ist haltlos. Sowohl die sowjetische als auch die chinesische Führung verweisen auf die dringende Notwendigkeit des Friedens für die Bewältigung innerer Probleme der sozialen Erneuerung. An eine Reihe der zentralen internationalen Probleme gehen die UdSSR und die VR China von ähnlichen Positionen heran. Die beiden benachbarten sozialistischen Staaten haben erklärt, daß sie niemals Kernwaffen als erste einsetzen werden. Die beiden sind gegen eine Militarisierung des Weltraums.

Warum war die Sowjetunion in Reykjavik damit einverstanden, je 100 Gefechtsköpfe auf die Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA zu belassen? Das war ei-

ne Art Kompromiß, der durch das Streben der USA-Administration bedingt war, gegen die Sowjetunion gerichteten Kernwaffen in Asien zu besitzen. Haben doch die USA im asiatisch-pazifischen Raum ein mächtiges nukleares Potential konzentriert, sie verstärken die Kernwaffenarsenale auf ihren Schiffen und Militärstützpunkten, die auf fremden Territorien liegen. Dies zwingt die Sowjetunion zu einer Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts.

Zugleich ist die UdSSR bereit, das Problem der Mittelstreckenraketen auf globaler Grundlage zu lösen. Es hätte keine Hindernisse dafür gegeben, hätten sich die USA bereit erklärt, ihre Kernwaffen in Japan, Südkorea und auf den Philippinen zu beseitigen, ihre Flugzeugträger hinter die abgestimmten Grenzen zurückzuziehen und selbstverständlich keine Mittelstreckenraketen auf eigenem Territorium zu haben. Einer „Globalen Null-Variante“ stehen also bei weitem nicht Einwände Moskaus, sondern die nuklearen Ambitionen Washingtons im Asiatisch-pazifischen Raum im Wege.

Wie werden Sie bedient?

# Jeder ist mitverantwortlich

Es sind bereits anderthalb Jahre her, seitdem in Rayonkombinat Tschu die neue Wirtschaftsform eingeführt worden ist. Heute werden im Kombinat nahezu 300 Dienste geboten. Neben den traditionellen Diensten wie Nähen, Stricken, Kleider- und Schuhbesserung und dgl. finden immer mehr neue Dienste Anwendung, wie zum Beispiel das Hüten von Privatvieh, oder man stellt den Kunden einige Mühlen zur Verfügung.

„Welche Veränderungen lassen sich im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftsform vermerken?“ fragte ich Amangeldi Kaljngarajew, Leiter des Rayondienstleistungskombinats.

„Natürlich werden jetzt die Bestellungen schneller ausgeführt“, sagte er, „doch im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit steht die Qualität. Die Bewertung der Arbeit nach dem Endresultat fordert von uns allen mehr Können und Flindigkeit.“

Früher kam es nicht selten vor, daß der Kunde zum Beispiel ein Kleid bestellte, das dazu nötige Zubehör aber war im Betrieb nicht vorhanden. Jetzt hat man unmittelbar im Kombinat

einen Dienst eingerichtet, der die Kunden mit Dutzenden Nebenartikeln zu versorgen hat. Auch andere Annehmlichkeiten sind geschaffen worden. Die Warterräume sind jetzt mit bequemen Möbeln ausgestattet.

Um die Interessiertheit der Beschäftigten an der neuen Arbeitsmethode zu steigern, sind im Kombinat zwei mächtige Hebel in Gang gesetzt. Jeder im Betrieb kennt sie heute sehr gut: Das sind der Fonds der sozialen Entwicklung des Kombinat und der Fonds der materiellen Stimulation. Wenn der Schneider bzw. Näher die Bestellung rechtzeitig erfüllt, und über die Qualität seiner Arbeit nicht geklagt wird, bekommt er einen Lohnzuschlag von 8 bis 10 Prozent. Der Meister ist heute sogar daran interessiert, daß der Kunde die Bestellung am angekündigten Termin abholt.

Das Dienstleistungskombinat in Tschu kann stolz auf seine Mitarbeiter sein. Viele von ihnen sind wahre Meister ihres Faches. Albert Elsässer, Philipp Knorr und Adam Tschachalov beispielsweise sind in der Fotokeramik unübertrefflich. Stets hingebungs-

voll erfüllen jede Bestellung die Tischler Johann Knoll und Joseph Schiffmann, die Näherinnen Maria Stobert und Valentina Aljewa sowie der Klempner Johann Geler und der Annehmer Muchan Sejdildajew. An den Schrittmachern der Produktion nehmen sich die jüngeren Kollegen ein Beispiel.

Mit anderen artverwandten Betrieben in Alma-Ata, Dshambul, Tschimkent hat das Dienstleistungskombinat in Tschu enge geschäftliche Verbindungen. Jede Neuerung in diesen Betrieben findet in Tschu interessierte Unterstützung und Anwendung. All das hat ermöglicht, den Umfang der Kundendienste innerhalb eines Jahres um weitere 40 000 Rubel zu steigern. Durchschnittlich werden also den Werktätigen der Landwirtschaft Dienste in Höhe von 15 Rubel im Jahr erwiesen. Natürlich ist diese Ziffer noch nicht so hoch, wie sie sein sollte, aber Fortschritte in dieser Hinsicht liegen bereits vor.

Adam WOTSCHEL,  
Korrespondent  
der „Freundschaft“

Gebiet Dshambul



Teilnehmerinnen des Weltkongresses der Frauen in Alma-Ata

Mit Blumensträußen, Lächeln und strahlender Sonne empfing die Metropole Kasachstans die Teilnehmerinnen des Weltkongresses der Frauen, der in Moskau seinen Abschluss fand. Nach Alma-Ata kamen die Vertreterinnen der Frauenorganisationen

Vietnams, Ungarns, Griechenlands, der BRD und internationaler nichtstaatlicher Vereinigungen. Auf sie warten verschiedene Zusammenkünfte mit den Frauen Alma-Atas — Textilarbeiterinnen, Ärzten, Pädagogen und Aktivistinnen der Frauenräte der Betriebe

und des Republikfrauenrates. Die Gäste werden sich mit den Sehenswürdigkeiten der Stadt bekannt machen und den Rayon Enbekschikasch im Gebiet Alma-Ata besuchen.

Im Bild: Während des Empfangs im Flughafen.

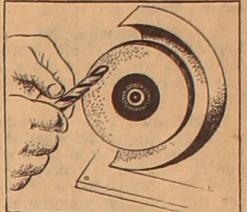
Foto: KasTAG

## Praktische Ratschläge

### Dem Heimwerker Anschließen von Bohrern

In welchem Winkel sind die Schneiden von Bohrern anzuschließen? Diese Frage ist schwer zu beantworten, weil man in der Selbsthilfe-Reparaturwerkstatt mit ein- und demselben Spiralschneider z. B. Kunststoff, Messing, Stahl und Beton bohrt. Es kommt also nicht so genau darauf an, wichtig ist, daß der Anschluß selbst ordnungsgemäß erfolgt.

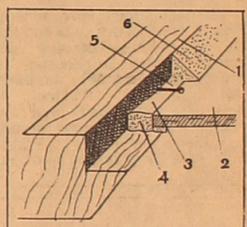
Dazu muß man die Funktion eines Bohrers genau kennen. Ein Bohrer ist eigentlich ein dreischneidiges Werkzeug. Der Winkel beider Hauptschneiden zur Bohrerachse muß gleich groß sein, sonst arbeitet nur eine Schneide, und diese wird vorzeitig stumpf.



Die Schneiden müssen außerdem gleich lang sein, damit die Bohrung nicht größer wird, als der Durchmesser des Bohrers. Von Zeit zu Zeit ist die Schleifscheibe abzurichten: Der speziell dafür vorgesehene Abzehrstein bricht stumpf gewordene Schmirgel- oder Korndörner aus dem Schleifkörperverband heraus, so daß die Scheibe wieder „scharf“ wird.

### Erstverglasung von Holzfenstern

Zuerst ist zu überprüfen, ob die neuen Holzfenster bereits einen Grundanstrich mit einem Holzschutzmittel oder mit Leinöl-Halbbö erhalten haben. Vor dem Anritzen ist die Schnittspur durch Abwischen mit einem benzin- oder petroleumgetränkten Lappen zu reinigen. Beim Messen müssen bei kleinen Scheiben nach allen Seiten 1 mm und bei größeren Scheiben 2 mm vom Maß zwischen den Falzen abgezogen werden, damit das Glas später nicht dem Quellungsdruck des Holzes ausgesetzt ist. Mißlingt das Anritzen das erste Mal, dann wird es nicht in der gleichen Spur wiederholt, sondern unmittelbar daneben.



Beim Brechen legt man die Scheibe entlang der Schnittspur entweder an die Kante der ebenen Tischfläche oder direkt auf eine untergelegte Holzleiste. Die linke Hand drückt auf die Scheibe; mit der rechten Hand wird abgebrochen. Beide Hände werden mit untergelegten Lappen gegen Schnittverletzungen geschützt.

### Unserem Gartenfund Folgeausaat

Um von Gartenkresse, Kerbel, Senf laufend frisches Kraut ernten zu können, muß man Folgeausaaten vornehmen. Die Aussaatabstände betragen bei Gartenkresse 2, bei Kerbel 4, bei Senf 3 Wochen. Gartenkresse benötigt einen Reihenabstand von 12 cm. Der Samen wird in ganz flache Rinnen ausgesät und nicht mit Erde bedeckt. Die Aussaatfläche drückt man mit einer flachen Schaufel an.

Dem Kerbel kann man einen Reihenabstand von 15 bis 20 cm geben. Auf keinen Fall darf aber die Saatgutmenge (je Quadratmeter 1 g) überschritten werden. Die Saatrillen zieht man mit dem Harkelein, denn der Samen darf nur ganz wenig mit Erde bedeckt werden. Die Aussaat von Senf richtet sich danach, ob man das Kraut der jungen Pflanzen oder die reifen Samen als Gewürz ernten will. Zur Körnergewinnung beispielsweise wird so ausgesät, daß der Samenbedarf nur 2 g je Quadratmeter beträgt.

Rezept der Woche

### Quarkspeise

Eigelb und Zucker schaumig rühren und den durchgestrichenen Quark unterschlagen. In wenig Fruchtsaft die Gelatine vorwelchen, die übrige Flüssigkeit zugießen und so lange erhitzen (nicht kochen), bis sich die Gelatine aufgelöst hat. Erkalten lassen. Quarkspeise geben, den mit Salz und Zitronensaft gewürzten Fleisch unterheben.

Zutaten: 3 bis 4 Eier, 100 g Zucker, 400 g Quark, 11/2 Tassen Fruchtsaft, 15 g Gelatine, Salz, Zitronensaft.

Redakteur L. L. WEIDMANN

## Kulturmosaik

### Veteranentreffen

Im Kraftverkehrsbetrieb für Personenbeförderung von Tschuschinsk trafen sich die Kriegs- und Arbeitsveteranen anlässlich des 70. Jahrestages des Großen Oktober. H. Guschtschin, I. Prichodjko und G. Polujan, die vor dreißig Jahren im neugegründeten Betrieb angefangen hatten, trafen sich mit jungen Kraftfahrern und Schrittmachern der Produktion.

Es kam zu spannenden Diskussionen über die Probleme der Gegenwart, zu lebhaftem Erfahrungsaustausch.

Anschließend gaben die Laienkünstler des Betriebs ein großes Konzert.

### In memoriam Wyssotzki

Im Filmtheater „Balchasch“ von Dsheskasgan werden regelmäßig Filmvortrüge veranstaltet. Der jüngste war dem Schaffen von W. Wyssotzki gewidmet. Auf dem Programm standen zwei Streifen aus früheren Jahren, nämlich „Kurze Begegnungen“ von Kira Muratowa und der Dokumentarfilm „Erinnerung“. Im Foyer waren seltene Bilder des bekannten Komponisten, Dichters und Schauspielers ausgestellt.

## Einblick in die internationale Filmkunst

Ihre Teilnahme am 15. Moskauer Filmfestival, das am 6. Juli beginnt, haben 110 Länder sowie fünf internationale und nationale Organisationen zugesagt. Wie TASS bei der Generaldirektion des internationalen Filmforums erfuhr, werden zu dem diesjährigen Künstlertreffen mehr als 1500 ausländische Filmschaffende, Beschäftigte des Filmverleihs und Filmkritiker — die bisher größte Teilnehmerzahl — in Moskau erwartet.

Während des Festivals, auch außerhalb des Wettbewerbs, werden etwa 500 Filme aller Genres vorgeführt. Ihre Autoren vertreten unterschiedlichste Richtungen und Strömungen der Filmkunst. Einen wichtigen Platz nehmen im Programm des Festivals Filme mit aktueller sozialer und poli-

stischer Thematik ein. Streifen, die den Neofaschismus, Militarismus und Rassismus verurteilen und den Kampf der Völker für ihre sozialen Rechte, für Freiheit und Unabhängigkeit schildern.

Das Festival umfaßt drei traditionelle Wettbewerbe — für abendfüllende Spielfilme, für Kurz- und Kinderfilme. Im Unterschied zu früheren Ausschreibungen werden diesmal weniger Preise vergeben und weniger Streifen im Wettbewerb gezeigt. So wird sich die von dem bekannten US-Amerikaner Robert S. Chen geleitete Jury des großen Wettbewerbs lediglich 28 Spielfilme (gegenüber 45 Filmen bei dem vorangegangenen Festival) ansehen. Zum Programm des Wettbewerbs

gehören „The night of the pencils“ von Hector Oliver aus Argentinien, „Die Zugvögel“ von Abdullah Latif aus Afghanistan, „Charing cross road, 84“ des britischen Regisseurs David Jones, „Das Interview“ von Federico Fellini (Italien), „Der Held des Jahres“ von Felix Falk (Polen) und „Garden of stone“ von Francis Coppola (USA). In das Informationsprogramm „Panorama“ wurden Streifen von Filmschaffenden Algeriens, der Mongolei, Nikaraguas, Perus, Syriens, Japans und anderer Länder aufgenommen.

Die Jury für den Kinderfilmwettbewerb wird von Parwati Menon aus Indien geleitet. Vorsitzender der Jury des Kurzfilmwettbewerbs ist der sowjetische Schriftsteller Ales Adamowitsch.

## Spielsaison beendet

Mit der Aufführung von Borodins Oper „Fürst Igor“ hat das Bolschol-Theater seine diesjährige Spielsaison beendet. In der Pause bis Mitte Oktober soll das Gebäude des Theaters restauriert werden. Am 16. Oktober werden mit P. I. Tschaikowskis „Schwanensee“ die Vorstellungen wieder aufgenommen.

Nach Gastspielen in den USA, in Spanien und Australien und der Teilnahme an einem Festival der UdSSR in Indien wird das Ballettensemble mit der Neuaufführung von A. Eschpals „Angara“ beginnen.

Am 1. Juni 1988 wird das Bolschol-Gebäude zu einer mindestens

zwei-jährigen Restauration geschlossen. Die Kammervorstellungen werden in einer Filiale unweit des Hauptgebüdes gegeben. Große Aufführungen wie M. Mussorgskis Oper „Boris Godunow“ oder S. Prokofjews Ballett „Die steinerne Blume“ werden im Kongreßpalast des Kremel stattfinden.

(TASS)

Westen geschaffenen Streifen „Nostalgie“ und „Das Oper“.

Tarkowski, der sich in seinem Lande einen hohen Kulturruf erworben hatte, konnte sich nicht gleich und nur schwer Eintritt in das Bewußtsein des breiten Publikums verschaffen. In den für die sowjetische Filmkunst schweren 70er Jahren fanden die Pläne des Regisseurs bei weitem nicht immer Verständnis und Unterstützung seitens der Leitung des Verbandes. Daher überkam ihn immer häufiger die Gefühle der Elmsamkeit, Bitternis und Ruhelosigkeit. Losgelöst von seinem Vaterland, das er extatisch liebte, machte Tarkowski eine schwere seelische Krise und eine schwere körperliche Krankheit durch. Sein Tod, der kurz vor Anbruch des Neujahres 1987 erfolgte, verhinderte seine Heimkehr. Das ist besonders bedauerlich, weil kurz vor diesem Ereignis — im Herbst 1986 — seine Filme wieder über die Leinwand in unserem Lande liefen, und sie haben auch heute großen Erfolg.

Die Kunst Tarkowskis ist Fleisch und Blut der heimatischen Kultur, die ihn hervorgebracht hat. Und jener ihr Zweig, der dank seinen künstlerischen Bemühungen nun grünt und blüht, wird bestimmt Früchte tragen. Und zwar nicht nur, weil die von ihm gefundenen Methoden des poetischen Ausdrucks im Film akzeptiert und weiterentwickelt wurden. Tarkowskis wahre Schüler — und in der gegenwärtigen sowjetischen Filmkunst sind sie vorhanden — haben nicht seine formalen Entdeckungen, sondern vor allem seine Wahrheitsstreue beim Verhalten zur Kunst übernommen. Diese ist seit eh und je der russischen Tradition eigen und wird als eine hohe geistige Mission gewertet. Es ist unwesentlich, daß das Filmwesen eine technische und kollektive Kunst ist. Im Zeitalter der massenhaften Kommunikationen war Tarkowski einer der wenigen, der vor aller Welt seine Urwürdigkeit und die Priorität der menschlichen Persönlichkeit vor dem Hintergrund all dessen zu behaupten vermochte, was sie nivelliert und herabwürdigt. Denn die Persönlichkeit ist der sich wandelnden Mode nicht unterworfen, und nur sie ist fähig, darunter auch in der Filmkunst, das Licht wahrer Geistigkeit und hohen Kulturstiums zu tragen. Nur sie allein bleibt sich ebenbürtig beim Durchleben der Zeitläufe und ihrer Widersprüche.

(APN)

# Seine Filme werden Zeitläufe überdauern

In das Programm des XV. Moskauer Internationalen Filmfestivals, das im Juli dieses Jahres stattfindet, wurde eine Retrospektive der Filme des sowjetischen Regisseurs Andrej Tarkowski aufgenommen. Er starb Ende 1986 in Paris in seinem 55. Lebensjahr.

Nachstehend bringen wir die Ausführungen des bekannten Kritikers Andrej Plachow, Vizepräsident des Verbandes der Film- und Fernsehproduzenten der UdSSR, über das Schaffen von Tarkowski und seinen komplizierten Lebensweg.

Die Geschichte der Filmkunst kennt zahlreiche Meister, die durch jedes ihrer neuen Werke beweisen, welch unerschöpfliche Möglichkeiten dem Filmwesen innewohnen: Hinreißende Sujetperipetien und technische Tricks, die Verwegenheit pittoresker Gestalten und die magische Kraft der Filmstars... Viel weniger gibt es jedoch in der Filmkunst wahre Autoren, Dichter der Leinwand, für die die Filmkamera ein natürliches und unentbehrliches Mittel zur kreativen Selbstrealisierung geworden ist. Noch geringer ist die Zahl derer, dank denen die Filmkunst aus der Kultur des 20. Jahrhunderts nicht mehr wegzudenken ist. Andrej Tarkowski ist einer dieser Letzteren.

Seine Helden in Situationen tragischer Wahl versetzend, behauptet Tarkowski die Idee des Eigenwerts der Persönlichkeit, den unverwundlichen Glauben an das Gute, das letzten Endes unbedingt siegen wird — in der Geschichte, in der menschlichen Seele und auch in der Kunst.

„Die geteilte Welt“ — so bestimmen die Kritiker das künstlerische Wesen von „Iwans Kindheit“, des ersten Filmwerks von Tarkowski, das sofort in die Weltfilmkanonologie einging. Darin fanden die hohen moralischen und ästhetischen Prinzipien der sowjetischen Filmkunst Anfang der 60er Jahre ihren markanten Niederschlag.

noch ungefestigtem Gemüt, wird mit Krieg und Gewalttaten konfrontiert und beteiligt sich selbst an diesem erbitterten Kampf. Was geschieht in seiner Seele? Wie deformieren sich in Iwans Bewußtsein die Begriffe und Vorstellungen von Zuhause, von Kindheit und Mutterliebe? Gerade das interessiert den Filmregisseur Tarkowski so sehr, daß er mit seinem lyrischen Helden fast in eins verschmilzt. Und das soll niemand wundernehmen, denn die Kinderjahre des Regisseurs waren ebenfalls vom Krieg geprägt und versengt.

Es vergeht ein Jahr und darauf noch eins, Tarkowski beginnt mit „Andrej Rubljow“, einem biographischen Filmstreifen über diesen großen Künstler des Mittelalters, einem geistigen Giganten der russischen Kultur. Hier war die Identifizierung mit dem Helden äußerst schwierig. Außer dem Vornamen vereinigte den Regisseur mit ihm nur der Umstand, daß sie beide uneigennützig der Kunst dienten. Doch nein, nicht nur dies. Für jeden von ihnen war das Schicksal Rußlands ihr persönliches Los. Das Erlebnis dessen, was auf dem heimatischen Boden heute geschieht, und auch all dessen, was sich hier vor vielen Jahrhunderten vollzogen hatte, bildete stets den moralischen Kern der russischen Kultur und das Wesen ihres außerordentlich intensiven Geistes, Muster höchster Harmonie, von Rubljow bis Puschkin, schreiende Dissonanzen im Sinne Dostojewskis und die Aufgeschlossenheit für alles Beste, was es in der Weltkunst gibt — all das prägte die Weltauffassung Tarkowskis, seine lyrisch-epische Stimmung und den ausgesprochenen Ernst, mit dem er seine künstlerische Mission aufnahm. Das war ausschlaggebend auch für die Kompromißlosigkeit seines Talents.

Zu einem der besten Werke des Regisseurs wurde „Der Spielgel“, ein Film, der unmittelbar mit persönlichen Erlebnissen seines Schöpfers, mit dem Schicksal seiner Mutter und seiner Angehörigen sowie mit der Erkenntnis seiner selbst als eines

Teils der allgemeinen Volksgeschichte zusammenhängt. Dieser Film vereint Wirklichkeit und Traum, wahre Ereignisse, gewandelt durch die Erinnerung, und Elemente des Unterbewußtseins. Das Verständnis der bizarren Welt dieses auf Assoziationen beruhenden Filmwerks ist nicht einfach. Doch derjenige, dem es gelingt, entdeckt hier solch einen Reichtum an Gefühlen und Gestalten, dem in der Filmkunst kaum etwas gleichkommt.

Es schien nur natürlich, daß der Sohn des bekannten und hochgeachteten Dichters Arseni Tarkowski durch die Wahl des Berufs eines Filmschaffenden ihn durch den Atem tiefgründiger Kultur und verfeilter Poesie beseelet hat. Tatsächlich ist die Filmkunst Tarkowskis größtenteils lyrisch, sie gründet auf bildhaften Metaphern, auf malerischem Gleichklang und auf Rhythmen. Doch dies ist eine Poesie besonderer Art, die mit der Theorie der „reinen Kunst“, nichts gemein hat und der es nicht um die egozentrische Selbstbetrachtung, sondern vor allem um den allgemeinen Zustand jener Welt geht, in der der Künstler lebt und wirkt.

In Tarkowskis Filmwerken ist eine geistige Realität besonderer Art nachgestaltet: menschliche Leidenschaften sind da bis zum äußersten enthüllt, und das Drama der die Menschheit aufwühlenden Ideen ist zur höchsten Spannung gebracht. Der Künstler ist zutiefst zeitgemäß. Seine Besorgnis erregte eines der Hauptprobleme unserer Zeit: die Erhaltung der Zivilisation und die Verhütung globaler Katastrophen. Eine Voraussetzung für das Überleben bzw. Weiterbestehen des Planeten und seiner Kultur war für ihn das Vermögen, jenes geistige Niveau zu erhalten, das im Laufe von Jahrhunderten beispiellose Selbstaufopferung und moralischen Stolzismus hervorbrachte. Davon handeln die vom Regisseur in seiner Heimat im phantastischen Milieu spielenden Filmwerke „Solaris“ und „Stalker“, davon handeln auch die bereits im

### Unsere Anschrift:

Kasachskaja SSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gorkogo, 50, 4-A Etage

TELEFONE: Vorzimmer des Redakteurs — 33-42-69; stellvertretende Redakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-33-71; Wirtschaftsinformation — 33-25-02, 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-35-09; Leserbrief — 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.

### «ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит еженедельно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4.

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 X

П X 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 10127 УТ28126